

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schwanenstraße 25, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.00. Monatlich 33 Pf. Postzusatz 2 Pf. 4062 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage über deren Raum 15 Pf., für die Sonntagsbeilage, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten nur 10 Pf., anderwärtsige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 174.

Mittwoch, den 29. Juli 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Auf dem sächsischen Pfade.

— Noch nach einer jeden Reichstagswahl, bei welcher die Reaktionen vom Volke geschlagen worden sind, hat sich hernach ihre Wuth gegen das Reichstagswahlrecht ausgetobt. Man kann dies den Junkern und Ausbeutern im Grunde nicht übel nehmen, denn schließlich liebt Niemand die Ruthe, mit welcher er Prügel bekommt. Insofern wäre auch das Geschimpfe, welches unter Führung des „Reichsboten“, der „Kreuzzeitung“ und der „Post“ seit einigen Wochen die reaktionäre Presse gegen das Reichstagswahlrecht angestimmt hat, an sich nichts Besonderes. Das Volk könnte sich damit begnügen, die geschundenen Raubritter der Reaktion mit Hohngelächter zu bedecken und ihre Offenherzigkeiten gegen das einzige große politische Recht des deutschen Volkes lächerlich an die Nadel zu heften, um den Wählern bei passender Gelegenheit ins Gedächtniß zurückzurufen, wie die Reaktion über Volksrechte denkt.

Allein diesmal liegt doch, wenn nicht alles trügt, die Sache ernsthafter. Es scheint bei den Reaktionen in der That irgend ein dunkler Plan erwogen zu werden, wie man dem geltenden Reichstagswahlrecht beikommen, den Einfluß der Volksmassen zerbrechen könne. So frech und unverhüllt haben die Junker noch nie gegen das Wahlrecht getobt und das Zentrum, die ausschlaggebende Partei, hat gegenüber all diesen Angriffen noch nie so verständnißlos reagiert.

Deshalb gewinnt allgemein die Ansicht Boden, schon dieser Winter werde im Reichstage einen heftigen Kampf um das gegenwärtige Wahlrecht sehen; ein Angriff auf das Reichstagswahlrecht schon in aller nächster Zeit sei höchst wahrscheinlich. Der Värm, den die Liberalen zum Zwecke der Gründung der christlichen „großen liberalen Partei“ vollzogen, ist mit darauf zurückzuführen, daß die Herren um die reaktionären Pläne wissen, durch Zusammenschluß und Einflußnahme das beschämende Schauspiel verhindern zu wollen, daß, wie beim Zolltarif, die Richter durch Passivität oder offene Hilfe das Wahlrecht den Junkern und Pfaffen ausliefern würden.

Wenn wirklich die politischen Zeitdeuter Recht behalten, daß das gefährliche und verlogene Gebelzer wider das Wahlrecht sich zu gefährlicherem Angriff auf dasselbe verdrängt, so würden damit die bürgerlichen Parteien nicht bloß das Maß ihrer Schuld, sondern auch das Maß ihrer Dummheiten voll machen. Nachdem sie bei dem dreizehnjährigen „geistigen Kampfe“ gegen die Sozialdemokratie, seit dem Fall des Sozialistengesetzes, vollständig in Irre und Sumpf der Prinzipien- und Programmlosigkeit gerathen sind, taufen sie sich nun heraus, indem sie den sächsischen Pfad betreten. Nichts anderes bedeutet es, wenn sie jetzt mit tölpelhaften Händen das Wahlrecht antasten wollten. Und wohin die von den bürgerlichen Parteien sanktionirte Reichspolitik auf dem sächsischen Pfade gerathen würde, das zeigt uns eben ein Blick auf das Königreich der grünen Rente. Die bürgerlichen Parteien hätten alle Ursache, die politischen Vorgänge in Sachsen mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Was bei einer Wahlrechtsänderung im Reiche für sie herauskäme, das lehrt das sächsische Beispiel.

In Sachsen regiert seit vielen Jahren eine konservativ-agrarische Klique, deren Haupt der bekannte Hofrath Mehnert ist. Durch eine klägliche Kartellpolitik, welche Konservative, Nationalliberale und sächsische Fortschrittler unter einer Hut brachte, ist diese konservativ-agrarische Klique herrschend. Der Minister Mehnert wurde ihr Regierungsmann, der ihre Wünsche ausführt. Sachsen wird im Mehnert'schen Sinne regiert.

Seit 1866 hatte das sächsische Volk für den Landtag das allgemeine Wahlrecht. Nachdem mittels desselben in der Mitte der 90er Jahre die sächsische Sozialdemokratie sich eine Landtagsvertretung von 14 Mann geschaffen hatte, und deren Kritik der Mehnert-Klique un bequem wurde, glaubte diese Klique der un bequemen Kritik in ebenso „nützlicher“ wie — einfältiger Weise Herr zu werden. Sie drehte das Ventil am Dampfkegel zu, genau wie es jetzt die Reaktionen im Reich empfehlen. Das Wahlrecht wurde „geändert“, d. h. gänzlich beseitigt und das preussische Sammelwahlrecht, das Dreiklassenystem, eingeführt. Der Erfolg war offenbar „großartig“; es war kein Dampf mehr zu sehen, der letzte Sozialdemokrat flog aus dem Landtage. Ach, wie war der Jubel groß über die „hellen“ Sachsen!

Wald aber zeigte sich für das Bürgerthum die unangenehme, aber bekannte Thatsache, daß von solchen Volksvertretungen nur die extremste Reaktion den Vortheil hat. Das „Kartell“ blieb ruhig bestehen, und die Landtagswahl wurde eine bloße Formsache. Die Agrarkonservativen bekamen die absolute Mehrheit. Ja, noch mehr; denn da die Nationalliberalen und Fortschrittler in ihrem Mandat bestanden von den Agrarkonservativen abhängig waren, bildeten diese nur die Aufstellung ihnen genehmer Kandidaten. Nationalliberale und Fortschrittler waren nun nur noch verkappte Agrarkonservative.

Seitdem steht Sachsen unter rein agrarischem Einfluß. Ueber das Land mit der höchstentwickelten Industrie regiert eine völlig agrarische Vertretung. Die Industrie hat keine Vertretung mehr im Landtage und kann deshalb ihre Interessen nicht mehr zur Geltung bringen. Sie wird geschädigt bei der Eisenbahn- und Verkehrspolitik; gilt es Lasten zu tragen, so haßen die Agrarier sie der Industrie auf und halten die Landwirtschaft möglichst frei. Anstatt einer Steuerreform schufen sie einen 25prozentigen Steuerzuschlag, wendeten ihren Anhängern durch Erhöhung der höheren Beamtengehälter große Profite zu, belästigten, bedrückten und schubriegelten die Volksmassen, die in dumpfer Erbitterung standen und deren Haß und Verachtung gegen die beutegierige Klique der Volksrentner von Tag zu Tag stieg.

Und jetzt bei der Reichstagswahl kam die Quittung. Von 750000 gültigen Stimmen erhielt die Sozialdemokratie 440000, von 23 Reichstags-Mandaten 22. Nicht einen Abgeordneten brachte das „Kartell“ durch; denn der eine bürgerliche Abgeordnete ist ein Antijemite.

Die Reichstagswahl zeigte den Reaktionen mit erschreckender Deutlichkeit, daß ein paar Jahre Volksvertretung genügt haben, das sächsische Volk der derzeitigen sächsischen Regierung vollständig zu entfremden, ja, es in erbitterte Frontstellung gegen die Regierung zu bringen. In wessen Wunsch und Willen kann diese „Regierung“ behaupten, zu „regieren“, wenn sie die große Mehrheit der Bewohner des Landes zu ihren Feinden zählt? Ein paar Jahre Wahlvertretung und der politische Bankrott der Wahlrechts-feinde ist da.

Wenn man jetzt in Sachsen versucht, am bestehenden Wahlrecht herumzubockern und es „volksfreundlicher“ zu gestalten, so ist die mitteleverwundene Kläglichkeit dieses Versuches so groß, daß es sich nicht lohnt, darüber in einem nicht-sächsischen Blatte ein Wort zu verlieren. Die, die dabei mitwirken, werden alleamt an Lessings Wort denken: Verröthene Betrüger! Einer wird auf den Andern so eifersüchtig sein, daß nichts Rechtes dabei herauskommen wird. Der sächsische Reaktionskaren sitzt im Dreck und Niemand bringt ihn heraus.

Jetzt aber will man im Reiche anscheinend den sächsischen Pfad betreten. Sollte man wirklich so verblendet sein? Wir Sozialdemokraten könnten dann über unsere Gegner hochgelachen. Denn genau wie in Sachsen würde es werden. Industrie, Handel, Städte hätten den Schaden davon und müßten die Kosten zahlen. Eine wild reaktionäre Agrarier-klique würde eine kurze Weile triumphiren. Das Volk aber würde, rechtlos gemacht, den Herrschenden völlig entfremdet. Bei der ersten Kraftprobe hätte die herrschende Klasse den völligen Zusammenbruch, genau wie sie ihn jetzt in Sachsen hat!

Glück zu, Ihr Reaktionen, auf dem sächsischen Pfade — wenn Ihr ihn betreten wollt!

Politische Mundschau.

Deutschland.

Auch ein Erfolg des 16. Juni. In der „Christlichen Welt“, deren Herausgeber schon nach den Wahlen vom 16. Juni einige herzliche Worte über Christenthum und Sozialdemokratie riskirt hatte, bläst jetzt ein evangelischer Geistlicher und Mitarbeiter dieses Organs zum Rückzug der protestantischen Streitkräfte aus dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, zur Abrüstung der Evangelischen in den Klassenkämpfen der Gegenwart, zur geistigen Waffenstreckung, zur sozialen Neutralität. Es ist eine Thatsache, die etwas unharmonisch hereinragt in all das Getrommel und Gepaule, unter dem die schwarze Garde der Geschorenen und Geschickelten sonst zur Sozialistenjagd antritt. „Entweder wir müssen“, schreibt der Geistliche, „auch vom evangelisch kirchlichen Standpunkte aus die Sozialdemokratie als eine Ausgeburt der Finsterniß bekämpfen, dann aber ordentlich, ohne Zittern und Zagen, nicht so dilettantenhaft, sondern resolut wie ein römischer Kaplan; ist sie das Gift, das unsern Volkskörper vergiftet, steht man in der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel einen Abfall vom evangelischen Christenthum, dann drauf zum heiligen Krieg, denn dann hat die letzte Stunde geschlagen! Oder aber wir müssen uns klar und entschlossen mit der Thatsache abfinden, daß die große Mehrheit unserer Gemeinden politisch sozialdemokratisch denkt oder wenigstens wählt, daß die deutsche Arbeiterbewegung nun einmal unter Bebel's, Bernstein's und Vollmar's Fahne von Sieg zu Sieg schreitet.“ Dann müssen wir (evangelische Geistliche) uns mit der Sozialdemokratie, die „nun eben doch die Arbeiterbewegung, die Trägerin der Emanzipation des vierten Standes und somit eines geschichtlich nothwendigen Gedankens“ ist, abfinden, „wie wir uns mit Kopernikus und Darwin, mit Friedrich dem Großen und Bismarck abgefunden haben.“ Den ersten Weg zu beschreiten, sei eine „pure Unmöglichkeit“, bleibe also nur noch der andere Weg, und den gehen, gebiete allein schon folgende Erwägung:

„Man sagt uns, wir hätten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Bankrott gemacht. Gott sei Lob und Dank! Wie befreiend diese Bankrotterklärung wirkt! Man athmet ordentlich auf! Habt ihr's nun gesehen? Wir sind keine „Werkzeuge der herrschenden Klassen“, wenigstens als solche absolut unbrauchbar. Die Last wären wir los! Wenn wir uns in diesen Zeitläuften über etwas freuen dürfen, dann ist es dies, daß die evangelische Kirche, oder die evangelisch kirchlichen Kreise, sich absolut unfähig erwiesen haben, die „sozialdemokratische Gefahr“ zu bannen.“ Wenn sich die evangelische Geistlichkeit zu den politischen und ökonomischen Gegenätzen in Zukunft neutral verhält, werde man sie zwar als „christliche Helfershelfer der Sozialdemokratie“ denunziren, aber „das werden wir mit Gleichmuth tragen können und müssen. Mag die ganze Reaktion sich noch mehr wie bisher, soweit sie „geistliche“ Hilfe gebraucht, an Rom anklammern — das wird Rom vielleicht äußerlich, uns jedenfalls innerlich fördern und dienlich sein. Um so leichter werden wir uns auf dem gezeichneten Boden mit den Sozialisten zusammenfinden und einigen können.“ — Es ist kein Zweifel, daß wir diese Schamade ohne das Resultat des 16. Juni niemals gehört hätten. Sie ist eine Anerkennung der geistigen Macht der Sozialdemokratie, ein Ruf zur Kapitulation. Noch vor zehn Jahren wäre sie undenkbar gewesen; heute ist sie Ereigniß. Und abermals nach zehn Jahren werden wir noch ganz andere Töne vernehmen.

Ihre Wühlereien gegen das Reichstagswahlrecht setzt die nationalliberale „Magdeb. Zig.“ fort. Dieser Tage veröffentlichte sie eine Zuschrift aus Steintin, in welcher es heißt: „Eines jungen, unerfahrenen, unselbstständigen Menschen Stimme gilt jetzt ebensoviel wie die älterer erfahrener Leute, die infolge besserer Bildung und selbstständiger Stellung über einen weiteren Gesichtskreis verfügen. Diese Gleichheit des Reichstagswahlrechts ist ein großes Unrecht. Durch solche Gleichmacherei von an sich ungleichen Dingen und Werthen müssen die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, wie die Erfahrung lehrt, schließlich erschüttert werden. Noch hat die bürgerliche Gesellschaft die Zeit, den drohenden Umsturz dadurch abzuwenden, daß das ungerechte Reichstagswahlrecht durch ein gerechteres Wahlrecht ersetzt wird, in dem Bildung und eigene Erfahrung wieder zu ihrem angestammten Rechte kommen. Ein solches Wahlrecht ausgleichender Gerechtigkeit ist bereits von verschiedenen Seiten angeregt und hat bei allen einsichtigen Leuten großen Anklang gefunden, es ist das Pluralitätsrecht. Danach würde jeder bisher Wahlberechtigte seine Stimme künftig ebenso abgeben und damit seine Meinung ebenso äußern können wie bis jetzt. Erreicht er ein reiferes Alter, das eine größere Lebenserfahrung voraussetzen läßt, etwa das 35. Lebensjahr, dann erhält er eine zweite Stimme. Wenn er inzwischen eine gewisse selbstständige Stellung, durch die er einen weiteren Blick sich aneignet, zum Beispiel die eines Maurerpoliers erlangt hat, bekommt er noch eine dritte und schließlich eine vierte Stimme, wenn er eine größere Bildung, etwa durch das einjährige Zeugniß, nachweisen kann.“ — Hier haben wir von nationalliberaler Seite in aller Form den lieblichen Vorschlag eines die Arbeiterklasse entrechtenden Klassenwahlrechts. Die älteren Wähler sollen eine zweite Stimme haben, weil reiche Leute jünger werden, als arme. Wenn man einmal nach der „Selbstständigkeit der Stellungen“ geht, werden wohl ganz andere Leute wie Maurerpoliere bevorzugen werden. Die „größere Bildung“ soll natürlich deshalb bevorzugt werden, weil die bestehenden Klassen das Bildungsmonopol haben und sogar diejenigen ihrer Söhne mit dem einjährigen Zeugniß ausstatten können, deren Intelligenz mehr als fragwürdig ist. Leider fängt das Wahlrecht erst mit 25 Jahren an, obwohl Pringen schon mit 18 Jahren mündig gesprochen werden. Trotzdem spricht der Steintiner Scharfmacher von „jungen, unerfahrenen, unselbstständigen“ Menschen. Nun — ein 20jähriger Arbeiter, der sich unter Noth und Entbehrungen kümmerlich ernährt, besitzt sehr häufig viel mehr Selbstständigkeit als weit ältere Bourgeoisöhne, denen dank des Vermögens ihres Vaters ein eigenes Unternehmen in den Schoß fiel und deren selbstständige Existenz darauf beruht, daß sie vorsichtig waren in der Wahl ihrer Eltern oder auch ihrer Schwiegereltern.

Eine Staatsrettung. Der Oberpostdirektionssekretär Richard Wagner in Hanau, einst in Kassel, hat sich den Horn seiner vorgelegten Behörde zugezogen und wird sich im Disziplinarverfahren zu verantworten haben. Herr Wagner ist ein Anhänger Schopenhauers, Darwins und Hädels, und er trat für diese Weltanschauungen öffentlich ein. Der scharfbare Niederschlag dieser philosophischen Beschäftigung war eine in Reihen niedergeschriebene Satire auf die heutigen gesellschaftlichen Zustände: „Evangelium der Verachtung“. Darauf geschah nach dem Berichte der Frankfurter „Volksstimme“ folgendes: Im Februar 1901 eröffnete ihm sein

Vorgefetzter, der Geheime Oberpostratz Hoffmann in Kassel, daß seine Dichtung zu einem Schreiben des jetzigen Staatssekretärs beim Reichspostamt Kraetke, damals Vertreter des Herrn v. Hobbelski, Veranlassung gegeben habe, folgenden Inhalts: Die Satire „Evangelium der Verachtung“ des Verfassers sei so anstößig und verwerflichen Inhalts und widerspreche so sehr den Grundsätzen der Moral und Religion, daß es angebracht gewesen wäre, das Disziplinärverfahren auf Entlassung gegen den philosophischen Beamten einzuleiten. Nur weil offenbare „moralische Unreife“ vorliege, solle Abstand davon genommen werden. Wagner werde jedoch von jeder Beförderung ausgeschlossen. Und bevor ihm wieder irgend eine Gehaltserhöhung nach dem Dienstalter gewährt werde, solle eingehend an das Reichspostamt berichtet werden, damit, wenn er wieder auch nur den geringsten Anstoß gegeben habe, auch die Erhöhung seines Gehaltes unterbleibe. Kurz darauf erfolgte obenein noch die Strafverurteilung Wagners an das kleine Postamt Hanau. Der „moralisch unreife“ Oberpostdirektionssekretär war bis zu dieser Maßregelung nicht Sozialdemokrat. Jetzt hat er seinen Vorgefetzten angezeigt, daß er mit der Sozialdemokratie sympathisiere, deren rücksichtslose Kritik der Reaktionswirtschaft im Verein mit ihrer beginnenden „Mausierung“ zu einer radikal-bürgerlichen Arbeiterpartei ihm den Anstoß nahegelegt hat. Man ist er sofort vom Dienst suspendiert und das Disziplinärverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Herr Kraetke im Reichstage Gelegenheit gegeben werden, sich über den von ihm konzentrierten Zusammenhang zwischen Post und Schopenhauer, Darwin und Häckel des näheren zu äußern.

Der Generalfreik des Unternehmertums. Seit dem 16. Juni werden die bürgerlichen Feiern von der Preisfrage befreit: Wie retten wir die bestehende Gesellschaftsordnung? Jede Partei und jede Interessengruppe antwortet: „Nichts einfacher als das“ — und bereift dann, daß man nur ihr Programm anzunehmen brauche, um die Frage der sozialdemokratischen Gefahr spielend aus der Welt zu schaffen. Auch die neugegründete „Arbeitszeitung“ tritt auf den Plan und ändert des Rätchels Lösung in einem Generalfreik der Unternehmer, in einer Generalausperrung sämtlicher sozialdemokratischer Arbeiter: „So will es uns denn scheinen, als ob einzig und allein dadurch ein Ausweg aus dem Dilemma geboten wird, in das Staat und Gesellschaft durch das rapide Anschwellen der Umfassungsbewegung gerathen sind, daß das deutsche Unternehmertum die ihm bislang zur Verfügung stehenden Machtmittel, wie z. B. die Begründung von Kampferbänden zum Zweck allgem. meiner Ausperrungen mit der größtmöglichen Rücksichtlosigkeit zur Anwendung bringt, um auf diese Weise den durch die demagogischen Umtriebe der sozialdemokratischen Führer bethörten Arbeitern begreiflich zu machen, daß durch ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ihren eigenen Interessen recht wenig gedient ist.“ Mit einer pittoresken Wertung dieses nationalen Beschlags wollen wir uns nicht aufhalten. Es genügt, das Projekt auf seine Zweckmäßigkeit zu prüfen, und darüber hat ja bereits der Erfolg gesprochen. Die großen Arbeiterausperrungen in Bremen, Jena, Pommern etc. haben erprobungsgemäß nicht die Wirkung gehabt, die „bekehrten“ Arbeiter zu bekehren, wohl aber haben sie da, wo kleinere Unternehmer in Frage kamen, diesen zum Ruin verurteilt. So neuerdings in Pommern. Derselbe Erfolg müßte sich in noch weit umfassenderer Weise zeigen, wenn sich der utopische Gedanke einer Generalausperrung zu politischen Zwecken verwirklichen ließe. Der Erfolg wäre das, was man im Vorjahre „das Abschneiden der schwachen Hände“ bezeichnet. Die Großindustriellen würden es ausbilden; die mittleren und kleinen Unternehmer zahlen die Zehne. Zahllos würde sich nachher das Schicksal bedenten, und das Großkapital würde sich beulen, ihnen das Fleisch von den Knochen zu schälen, wie das in der bürgerlichen Konvention erlebter Kriegsbroschüre ist. Der ganze Vorstoß kennzeichnet sich nach seiner Tendenz als eine Gehaltserhöhung der Kapitalmagnaten des Reichs, die die politische Solidarität des gesamten Arbeitgebers vom letzten Arbeiter bis zu König Krupp propagieren und die Unternehmerrasse als einen einzigen großen Kampferband organisieren wollen, dem politische Führung natürlich der Großen und Größten zufallen müßte. Natürlich plagt die Idee, sobald sie aus dem leeren Raum der Phantasie in die Wirklichkeit tritt, wo sich hart die Sachen zeigen.

Eine „Degradation des Bürgerthums.“ Die Dresdener Stadtbehörden haben gegenüber den Arbeitern des Bürgerrecht vorzugehen, und zwar unter täuschlicher Auslegung des Begriffs Selbstständigkeit, die zur Bürgerrechtserwerbungsbedingung ist. Natürlich gelang es auf diese Weise, die Stadtverordneten-Versammlung völlig „sozialdemokratisch“ zu halten. Auf eine andere Angelegenheit hat man aber jüngst, wie wir schon gesehen haben, das Oberverwaltungsgericht erkannt, daß ein eigener Familienbesitz zur Begründung des Bürgerrechts nicht notwendig ist, so daß also auch die Aftermiether ein Bürgerrecht besitzen. Unter diesen Umständen ist nun, wie zu erwarten war, das Parteipropaganda-Dogma ganz und ganz gestürzt worden, weil es die bisher unangefochtenen Herrschaft der Sozialisten im Stadtverordneten-Vorstande ein wenig gefährdet hat. In seiner Zeit hat es: „Nur ein Grund ist die Aufhebung des Oberverwaltungsgerichts sehr bedauerlich und bedenklich, denn es handelt sich bei der Bürgerrechts-Erwerbung nicht um die „Selbstständigkeit“ an sich, die lediglich die wirtschaftlichen Momente berücksichtigt, sondern um die bürgerliche Selbstständigkeit“, die auch die soziale Stellung des Antragenden in Betracht zieht. Und da noch man denn doch von einem in Aftermiethen wohnenden Arbeiter nicht sagen können, daß er bürgerlich selbstständig sei. Eine solche Aufhebung würde geradezu einer Degradation des Bürgerthums gleichkommen, und man müßte sich nicht wundern können, wenn nach dieser Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts bürgerliche Kreise vorziehen, das Bürgerrecht nicht zu erwerben, welches sie mit Personen auf eine Stufe stellen würde, mit denen ein

in bürgerlicher Stellung sich Befindender sich nicht zu vergleichen pflegt. Wenn jeder lebige Lohnarbeiter „Bürger“ werden kann, wo soll dann der Arbeiter den Antriebe hernehmen, sich in „bürgerliche“ Verhältnisse hinaufzuarbeiten! — Wenn der schlechte Lohnarbeiter ebenso gut Bürger werden und auf die Verwaltung seiner Gemeinde Einfluß haben darf wie der Bodenspekulant und Grundwucherer, dann ist das „eine Degradation des Bürgerstandes.“ Und das Grundbesitzerorgan droht, postfrierlich genug, mit dem Streik der Besitzenden. Wenn diese die Drohung wahr machen würden und die Städteverwaltung der ersichtlich arbeitenden Klasse überlassen wollten, so wäre das im Interesse der gesamten Bevölkerung nur zu begrüßen.

Die Verhandlungen über die Neuregelung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen werden, wie die „Magd. Zeitung“ erfährt, durch Noten Austausch zwischen den Kabinetten von London und Berlin geführt; besondere Bevollmächtigte sind dafür nicht bestellt.

Dolch oder Faschinenmesser. In der bürgerlichen Presse wird die Frage erörtert, ob es nicht gerathen sei, den Dolch der Marinefährliche, der im Falle Hüßener eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, durch ein mindergefährliches Instrument zu ersetzen. Seit dem ersten, fast 60 Jahre hinter uns liegenden Anfängen der preussischen Flotte, haben allerdings die Seekadetten, jetzt Fähnriche z. S. genannt, den gleichen Dolch getragen wie heute. Derselbe war, wie die „Straßburger Post“ erinnert, aus der englischen Marine überkommen, an deren Vorbild man sich damals streng hielt, auch in Neußerlichkeiten, wie z. B. dem Verbot des Schnurrbarttragens. Jede der stehiger oder anfangs der achtziger Jahre, der Zeitpunkt ist Nebensache, ersah in Kiel ein Kadett in einem Wirthshauskeller, bei dem er übrigens der Angegriffene war, mit seinem Dolch einen Bürger. Der alte Kaiser änderte danach die Bewaffnung der Seekadetten, die damals anstatt des eleganten Dolches ein Faschinenmesser erhielten, ähnlich dem der Infanterie, nur etwas leichterem Art. Dasselbe wurde am schwarzen Koppel getragen. Im September 1890 wurde das Kaisermandat beim 9. Armeekorps an der schleswighischen Ostküste abgehalten. Zu demselben waren auch Theile der Marine, darunter Kadettenschiffe, herangezogen, welche unter anderem Landungen ausführten. Am letzten Tage nach Schluß der Kritik versammelte Wilhelm II. am Düppeldenkmal die Seekadetten. Er sprach ihnen seine Zufriedenheit aus und verlieh ihnen zum Zeichen derselben zu ihrer großen Freude von neuem den verlorenen Dolch. — Wir sind der Meinung, daß die jungen Leute außer Dienst weder Dolch noch Faschinenmesser brauchen.

Wegen des Kravalles, der am 25. Juni bei der Stichwahl zu Fabriz im Anschluß an die Mittheilung des Wahlergebnisses entstanden war, wurde gegen 15 Arbeiter aus Fabriz Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben. 9 von diesen wurden Sonntag verhaftet und gefesselt unter scharfer Bedeckung in das Gleiwitzer Gefängnis abgeliefert. Fünf Verhaftungen stehen noch bevor. Bei der Abführung der Arbeiter, die zum größten Theil verheirathet sind, spielten sich herzerreißende Szenen ab.

Zum Pommerbankprozeß meldet die „Welt am Montag“, Herr Schulz soll nach England gereist sein, um dort ein frohes Wiedersehen mit seiner Frau zu feiern. Für die Verteidigung sollen die Herren Sello und Bronker je 30 000 Mark erhalten haben. Das „Berl. Tagebl.“ demontirt zwar die Nachricht von der Auslandsreise des Herrn Schulz, indem es nach hinzusetzt, Herr Schulz habe auch seinen Verteidigern keine Mittheilungen über eine beabsichtigte Reise zugehen lassen. Die „Berliner Zeitung“ aber schreibt: Jedenfalls steht fest, daß sich Direktor Schulz zur Zeit fern von Berlin von den Strapazen der Untersuchungsarbeit erholt.

Ein Geständniß. Bei einer Betrachtung über die Krankenkassengegebung entschlüpft der national-liberalen „Angehöriger Abendzeitung“ folgendes: „Man thut sich in Deutschland so viel zu gut auf unsere soziale Gesetzgebung gegenüber dem Ausland — und zum Theil mit Recht, aber nur zum Theil! Auf dem Papier nimmt sie sich ja sehr schön aus und auch die Zahlen beweisen, daß sie für die unteren Klassen wirklich schon zusehender wohlthätig gewirkt haben muß. Ist aber die Art und Weise der Durchführung stets eine dem humanen Geist des Gesetzgebers entsprechende? Nein, durchaus nicht, im Gegentheil, das ist ein sehr, sehr wunder Punkt in unserem Volksleben.“ Des weiteren wird über den rohen Ton, der in manchen Gemeindefunktionen den Kranken gegenüber angeschlagen wird, geklagt. Und dennoch tritt das Staat mit Wärme dafür ein, daß den Arbeitern das Selbstverwehrgerecht genommen wird und Militärantwörter als Beamte angestellt werden, die in ihrem Kasernentum die Kranken, die ihr Krankengeld am Sonnabend holen, derart abstrahlen, daß diese gleich auch ihr Sterbegeld mitnehmen können.

Seltene Vorkommnisse werden aus Bochum gemeldet. In einem dortigen katholischen Krankenhaus verlangten 180 wundranke Bergleute fürwahr ihre Entlassung, da sie nicht krank seien und ihre Familien nicht darben lassen wollten. Den Bemühungen des Kapppflichts-Oberarztes ist es gelungen, die erregten Leute zu beruhigen. In anderen Krankenhäusern des Bergwerksbezirks haben sich ähnliche Vorgänge abgespielt. — Die Meldung bedarf noch sehr der Aufklärung.

Ein Herzstreich scheint im Crimittischen (Sachsen) vorgefallen. Wie in der bürgerlichen Presse berichtet wird, haben sämtliche Aerzte der Mehrzahl der Crimittischen Krankenhäuser für 31. Dezember die Häuser gänzlich betriebsfähig erklärt, und zwar ohne Angabe von Gründen. Zweifelloß dürfte diese Maßregel lediglich deshalb erfolgt sein, um in eventuell neu zu machenden Beträgen die ärztlichen Honorarforderungen höher zu nominieren. Die hierzu betheiligten Klassen schreiben mancher die Aufhebung neuer Kassensätze an.

Kleine politische Nachrichten. Laut „Reichsanzeiger“ ist der Freie für die deutschen Reklamationsanträge in der Venezuela-Angelegenheit, die am 1. Juli abhielt, bis zum 6. August einschließend verlängert worden. — Der Oberstaatsanwalt in Steierin hat die Beschwerde Dr. Barth's wegen Aufhebung seines Strafantrages gegen seine Rechtsanwaltin von Kolberg-Rößlener Stichwahlkampfi

durch den ersten Staatsanwalt zu Köslin in Ueberstimmung mit der Entscheidung des letzteren auf Grund des § 193 des Strafgesetzbuches gleichfalls abgelehnt und beschiedenen. Dr. Barth will sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen und Beschwerde beim Justizminister einlegen. — In Braunsberg (Ostpreußen) wurde im Gerichtssaal ein Polizeibeamter wegen dringenden Verdachtes des wissentlichen Meineides verhaftet. Es handelt sich um den dortigen Polizeikommissar Niezkowski, der auf höhere Anordnung bereits seit dem 16. d. M. vom Amte suspendiert ist. Die Verhaftung erfolgte unmittelbar nach Schluß der Verhandlungen in einem Beleidigungsprozeß, den der Polizeikommissar gegen den Kaufmann Malina angestrengt hatte, und zu dem Zeugen aus Königsberg, Danzig, Elbing, Dt.-Sylau und Braunsberg geladen waren. Der Beklagte wurde freigesprochen und Niezkowski sofort in Untersuchungshaft abgeführt. — Der türkische Marine-Minister Hassan Pascha ist in der Nacht zum Montag gestorben.

Dänemark.

Milde Strafe für eine Soldatenschänderei. Am 12. Januar d. Js. stürzte sich der Wäckermaat Chr. M. Christensen, der auf dem Kriegsschiff „Jagoff“ seiner Wehrpflicht genigte, im Fahrmasser von St. Croix über Bord. Nach den Rapporten des Kapitäns N. T. Olsen handelte es sich um einen Unglücksfall, der theilweise dadurch verursacht sein sollte, daß der Mann schwer unter der Seekrankheit zu leiden hatte. Man bezogte aber die Mannschaft des Schiffes, daß der Verlorbene aus Verzweiflung über die Strafjungen in den Tod gegangen ist, die dem seekranken Mann kleiner Vergehen wegen vom Premierleutnant Wollhagen, der dazu gar nicht berechtigt war, auferlegt wurden. Die empörenden Vorgänge wurden von „Sozialdemokraten“ an die Öffentlichkeit gebracht, worauf gegen den Kapitän sowie gegen den Leutnant Anklage erhoben wurde. Beide sind nun zu einem Monat einsachem Festungsarrest verurtheilt worden, der Kapitän weil er, trotzdem das Gerücht, Christensen habe Selbstmord verübt, unter der Mannschaft umging, keine gerichtliche Untersuchung veranlaßte und irreführende Rapporte einreichte, außerdem weil er seine Untergebenen nicht zur Verantwortung wegen unberechtigter Ausdehnung der Strafgewalt gezogen hat; der Premierleutnant wegen unberechtigter Ausübung der Strafgewalt. Das Sonderbare bei diesem Urtheil des Seegerichts ist, daß es so lange geheim gehalten wurde, bis es die königliche Bestätigung erhalten hatte.

Schweden.

Aufhebung der Arbeiter-Ausperrung. Die Unternehmerorganisation hat beschloffen, die große Ausperrung am 3. August wieder aufzuheben.

Rußland.

Streik der Schiffsbesatzungen. Wie sich „Wolffs Bureau“ aus Odessa drahten läßt, mußte die russische Dampfschiffahrtsgesellschaft die Fahrten der Krimlinie wegen eines Ausstandes der Matrosen und Heizer unterbrechen. Die Ausständigen fordern eine Lohnerhöhung und bessere Arbeitsbedingungen. Die Rieber rechnen stark darauf, daß ihnen Matrosen der Kriegsmarine als Arbeitswillige zur Verfügung gestellt werden. Auch an anderen Orten Rußlands gährt es wieder bedenklich unter der Arbeiterchaft. In Narwa wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Ueber den großen Ausstand im Rapthagebiet von Baku schweigt sich der Telegraph jetzt völlig aus. Anscheinend läßt die Zensur keine Nachrichten mehr durch.

Oesterreich-Ungarn.

Her mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht? Sonntag fanden in Wien und in der Provinz zahlreiche von der Sozialdemokratie einberufene, massenhaft besuchte Arbeiter-versammlungen statt. Es wurden Resolutionen für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts angenommen. Die Versammlungen verliefen meist ohne besondere Zwischenfälle. Die Wahlrechtsversammlung in Wien nahm, wie die „Frankf. Ztg.“ noch meldet, stellenweise einen sehr stürmischen Verlauf, da die Redner Abg. Bernerstorfer und Dr. Adler den Ministerpräsidenten heftig angriffen, während der Abg. Schummeier die Upanagen der Erzherzöge kritisiren wollte, was der Regierungsvertreter unter heftigem Protest der Versammelten nicht zuließ. Nach Schluß zogen die Theilnehmer vor das Parlamentsgebäude, wo sie demonstrative Rufe ausließen und das Arbeiterlied sangen. Die Polizei, welche die Demonstranten von dem Parlamentsgebäude abdrängen wollte, verhaftete elf Personen.

Italien.

Die Wente des Sunen. In dem Haftbefehl gegen den Leutnant Modugno wegen der chinesischen Räubereien sind die Errungenschaften des Herrn mit folgenden Worten aufgezählt: „Als Modugno im Dezember 1901 ins Vaterland zurückkehrte, führte er über 20 mit Pinkverleibete Kisten mit sich, die voll kostbarer Waren waren. Er bezahlte sofort seinem Onkel Di Cagno eine Schuld von 5500 Lire, die ihm sehr lästig war, ließ seine Villa umbauen und kaufte eine Equipage mit zwei Pferden. Einem gewissen Murgolo ließ er gegen Pfand 2500 Lire, einem andern etwa 22 000 Lire und kaufte zwei Häuser für ungefähr 50 000 Lire. Seinem Onkel konnte er nicht verbieten, daß er große Reichthümer in China erworben hatte. Er gab die mitgebrachte Summe auf 150 000 Lire an; seinem Freund Leutnant Robutti gestand er kurze Zeit darauf, 240 000 Lire zu besitzen.“

Zur Papstwahl. Bis Montag waren 50 Kardinäle in Rom eingetroffen. Der jetzige Papstthumsverweiser Dreglia soll erklärt haben, daß das Konklave kaum über drei Tage dauern werde. In der letzten Kardinalsversammlung wurde nach römischen Messungen angeblich beschlossen, daß die Konklavisten gemeinsame Mahlzeiten einnehmen sollen; ebenso sollen auch einzelne allzu umständliche Zeremonien bei der Eröffnung weggelassen werden. Bezüglich des Konklaves selbst hat Dreglia in der Kongregation durchgekehrt, daß an den Regeln der früheren Konklave, wie sie seit dem Reglement Gregors XV. eingehalten werden, nichts geändert wird. Montag nahm das Kardinalskollegium die Auslösung der Gemächer vor, welche die Kardinäle während des Konklaves bewohnen werden. Die Räumlichkeiten in gleicher Höhe mit der Sardinischen Kapelle bleiben den krankeichen Kardinälen vorbehalten. Die Jethronisation, die alljährlich begangen wird, soll auf eine bessere Jahreszeit im Oktober verschoben werden. Die

schließlich noch verläutet, hat das „Heilige Kollegium“ an die Mächte eine Note gerichtet, in welcher es, gemäß dem Präzedenzfall beim Tode Pius IX., gegen den bestehenden Zustand der Dinge, die „Gefangenschaft“ des Papstes, protestiert.

England.

Ueber einen Fall von Meuterei im englischen Heere, bei dem verschiedene Londoner Zeitungen und ein Theil der öffentlichen Meinung für die Meuterer Partei ergreifen, wird der „Athen. West. Zig.“ aus London berichtet. Es handelt sich diesmal um die schottischen Garden in Windsor. Am Mittwoch und Donnerstag haben bei den meisten englischen Regimentern die Soldaten, wie bei uns die Kinder in der Schule, „Nachmittags frei“. Damit diese freien Nachmittage möglichst lang werden, besteht die Bestimmung, daß die Kasernenräume schon vor 12 Uhr Mittags gereinigt werden müssen, so daß also auch ein Theil des Vormittagsdienstes ausfallen muß. Vor einigen Tagen wurde nun eine Kompanie der ersten Scots Guards bei dem Frühdienst so lange „aufgehalten“, daß sie erst Mittags wieder in der Kaserne anlangten. Als die Leute dann Mittag gegessen hatten, wurde der Befehl ausgegeben, zunächst die Stuben zu reinigen. Das war den Mannschaften aber doch zu viel. Wie der Bericht sagt, standen sie zuerst „sprachlos“ da, und dann brach der Sturm los, der bald in offene Revolte ausartete. Sie brauchten allerhand beleidigende Schimpfworte ihren Vorgesetzten gegenüber, und das Ende war, daß 25 von ihnen arretriert und auf die Wache gebracht wurden. Das waren aber nur die Anführer der Meuterei, und die Zahl derer, die sich aktiv an derselben betheiligt hatten, war so groß, daß es unmöglich gewesen wäre, sie alle zu arretrieren. Als die übrigen dann in der Kantine eine drohende Haltung annahmen, ließ man die festgenommenen Rädelsführer auch wieder los und bestrafte sie schließlich so mild wie möglich, nämlich mit sieben Tagen Kasernenarrest. — Wenn die eigentlichen Soldaten sich dagegen wehren, vollständig und unbedingte dem militärischen Kadavergehorsam, der mit wirklicher Disziplin gar nichts zu thun hat, untergeordnet zu werden, so ist das ihr gutes menschliches Recht, und die öffentliche Meinung thut wahrlich nicht das schlechteste, wenn sie für solche „Meuterer“ Partei ergreift.

Spanien.

Vom sozialen Kriegsschauplatz. In einer großen Arbeiterversammlung in Barcelona wurde unter Androhung eines allgemeinen Ausstandes beschlossen, die Forderung zu stellen, daß sämtliche wegen Ausstandes wegen verhafteten Landarbeiter vor Ende des Monats auf freien Fuß gesetzt werden.

Vereinigte Staaten.

Einer beneidenswerthen Finanzlage erfreuen sich die Vereinigten Staaten, wie der sieben veröffentlichten Jahresausweise dazwischen. Die Gesamteinnahmen, die während der Periode vom 1. Juli 1902 bis 30. Juli 1903 erzielt wurden, betraugen sich auf 558 887 525 Doll., denen Ausgaben von 506 710 935 Doll. gegenüberstanden, so daß sich ein Jahresüberschuss von 52 176 589 Doll. ergibt. Ein Gewinn von rund einer Million Dollars pro Woche ist so übel nicht. Wenn man die Sonntage und Feiertage abrechnet, nahm die amerikanische Regierung täglich während des letzten Jahres nahezu 2 Millionen Dollars ein. Die Haupterträge liefern die Zölle (nahezu 300 Millionen Dollars) und die Einkommensteuern mit etwa 250 Millionen. Die Ausgaben verteilen sich auf die Zivilverwaltung mit 125 Mill. Dollars, für die Marine 82 Millionen u. s. w. Die Kriegspensionen allein verfallenen ungefähr 140 Millionen — gewiß eine Riesensumme, wenn man die geringe Militärmacht der Vereinigten Staaten in Betracht zieht. Ganz enorm ist der Export des Landes gewachsen, um über 100 Millionen. Er erreicht jetzt die kolossale Ziffer von 1500 Millionen Doll. Davon entfallen allein auf Erzeugnisse der Landwirtschaft 875 Millionen Doll. Von dem Gesamtimport von 1000 Millionen entfielen 400 Millionen auf zollfreie Waaren, während 600 Millionen der Besteuerung unterlagen. Die Nationalschuld verringerte sich im abgelaufenen Jahre um 16 1/2 Millionen und beträgt jetzt 914 541 410 Dollars. Die im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel wiesen eine Zunahme von 126 Millionen auf und stellen sich jetzt auf rund 2400 Millionen Dollars.

Zu einer förmlichen Straßenschlacht haben die Lynch-Urrufen geführt, die am Sonnabend in Danville (Illinois) stattfanden. Ein Neger war wegen Schändung einer Weißen verhaftet worden; die Menge sprengte das Thor des Gefängnisses mit Dynamit und holte den Schwarzen heraus, um ihn aufzuknüpfen. Es kam darauf in den Straßen zu einem Zusammenstoß zwischen Weißen und Negern, bei dem nicht weniger als drei Personen getödtet und sechs verwundet wurden. Der Volkshaufe gewann schließlich die Oberhand, trampelte einen Neger zu Tode und verbrannte einen anderen, der einen Weißen verwundet hatte. Auch in Shreveport (Louisiana) hat „Richter Nacht“ seines blutigen Amtes gewaltet. Ein Böbelhaufe knüpfte eine Negerin auf und durchlöcherete die Leiche mit Kugeln. Die Negerin war beschuldigt worden, eine junge Dame vergiftet zu haben; sie leugnete, hat aber vermutlich außerdem noch die Frau Matthews vergiftet, wofür neulich ein Neger gehängt worden war. Wie weiter noch aus Darien (Georgia) berichtet wird, war der als Schänder einer jungen Dame dort kürzlich gehängte Neger unschuldig; der wirklich Schuldige ist erst jetzt aufgegriffen und wird nun wahrscheinlich auch noch gehängt werden. In Foster (Pennsylvania) wäre der Detektiv Peel betrogene Einwohner die Cadawannabahn bestehlen. — Traurige Kulturbilder!

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 28. Juli 1903.

„Zu den allerträbsten Quellen der Zeitgeschichte“ gehört nach der dem Liberalismus nahe stehenden „Täglichen Rundschau“ die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ des ehemaligen Sozialdemokraten Max Lorenz. — Wir stellen fest, daß die nationale Liberale Lübeckischen Anzeigen vor der Wahl nicht davor zurückschrecken, sich dieser „allerträbsten Quelle der Zeit-

geschichte“ im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu bedienen.

Am Arbeitsmangel scheint der Lübecker Senat zu leiden. Derselbe hat nämlich ein Denkmalschutzgesetz nach dem Vorbilde Hessens ausgearbeitet. — Hatte der Senat denn gar nichts Besseres zu thun, als sich mit der Ausarbeitung von Schutzgesetzen für unsere 1 1/2 Denkmäler zu beschäftigen? Wir denken doch, daß hier weitwichtigere Sachen ihrer Erledigung durch den Senat harren!

Die Kehrseite. Wer das Hofstenthor passiert, dem fällt ein erst vor wenigen Monaten erstandener Bau in der Nähe der alten Salzschuppen in die Augen, der Bau, in dem die Zentral-Einkaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen untergebracht ist. Als dieses Gebäude errichtet wurde, da glaubte man, daß auch eine helle, den Anforderungen der Hygiene entsprechende Werkstätte geschaffen werden würde. Aber weit gefehlt! Die Werkstätte fand ihren Platz in einem der alten, baufälligen Salzschuppen. Derselbe ist, wie nicht anders zu erwarten, dunkel; nur sehr wenig Tageslicht erhellt diese Räumlichkeiten. Ein Abort ist für die dort beschäftigten Arbeiter nicht vorhanden; diese sind vielmehr gezwungen, ihre Nothdurft in Gemeinschaft mit den Straßenreinigern auf deren Abort zu verrichten. Ferner fehlt eine Wascheinrichtung. Die Leute müssen sich vom Staub der Werkstatt in dem Cimer des Schmiedes reinigen. Das ist die Kehrseite des Blattes. Borne für die „Herren“ ein der Neuzeit entsprechendes Gebäude, hinten für die Arbeiter ein Raum in einem alten, dunklen Schuppen. Auch ein Stück Klaffengegenlag. — Im Uebrigen wird uns über die dort bestehenden Verhältnisse noch mitgetheilt, daß der aus Königsberg stammende Direktor Kehler den Versuch macht, dortige Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach hier zu verpflanzen. Er wird damit aber hoffentlich kein Glück haben; die Lübecker sind eben keine Ölpfeulen, die sich leider alles bieten lassen.

In einer Lohnbewegung befinden sich die hiesigen Lastdiarbeiter. Dieselben haben ihre vor zwei Jahren erhobenen Forderungen, die damals von den Arbeitgebern abgelehnt wurden, in diesem Jahre abermals erhoben, leider aber ist auch jetzt wieder eine ablehnende Antwort erfolgt. In den letzten Tagen fanden nun für die Arbeiter der verschiedenen Holzlagerplätze Versammlungen statt, in denen Kollege Müller über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Verbindung mit der Lohnforderung der Lastdiarbeiter und das Verhalten der Unternehmer referierte. Redner ging in sämtlichen Versammlungen näher auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und auf die Forderungen der Arbeiter ein. Scharf geißelte er das Verhalten der Unternehmer, die sich auch jetzt wieder auf die laue Geschäftskonjunktur beriefen. Mit Rücksicht auf die augenblicklich herrschenden Verhältnisse empfahl Redner, vorläufig von weiteren Schritten Abstand zu nehmen und mit allen Kräften für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. In der Diskussion schloßen sich sämtliche Redner den Ausführungen des Referenten an; empfohlen wurde, eine stärkere Bücherkontrolle einzuführen. Desgleichen wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, den „Volksboten“ zu lesen. In sämtlichen Versammlungen fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „In Anbetracht der heutigen Verhältnisse sehen die Versammelten von einem weiteren Eingehen auf die gestellten Lohnforderungen ab, werden aber dieses Jahr zum Ausbau der Organisation benutzen, damit sie im nächsten Jahr in der Lage sind, ihre Forderungen durchzusetzen.“ — Bis jetzt fanden Versammlungen statt für die Arbeiter bei Gohmann u. Jürgens, von denen 75 pSt. organisiert sind, bei Gavenmann u. Sohn, die mit 50 pSt. dem Verbaude angehören und bei Brüggemann u. Sohn, wo kaum 40 pSt. organisiert sind. Bemerkenswert ist, daß die letztere Versammlung sehr gut besucht war, trotz dem Mithinhaber, Herr Peters, vor dem Versammlungstotale Aufstellung genommen hatte. Bei Jost Hinz, Gavemann und Sohn ließ sich Herr Senator Eichenburg, als er der Versammlungseinladung anständig wurde, dahin aus, daß die Arbeiter die Versammlung nicht besuchen sollten. Er könnte jetzt nichts bewilligen. Sollte aber ein Druck ausgeübt werden, dann würde er die Fabrik im Winter schließen oder die Arbeiter abhauen. Wir glauben, daß sich der Herr Senator die Sache dennoch zweimal überlegt haben würde, ehe er seine Fabrik im Winter schließt. Derartige Schreckspiele sind heute nicht mehr an der Plage. Die Arbeiter haben eben ihre Lage begriffen und werden durch Stärkung ihrer Organisation schon dafür sorgen, daß auch der Herr Senator schließlich ihre Forderungen bewilligt, ohne sie abzuhauen.

Ein wichtiges Zentrum der Eisenerzlieferung ist durch die Eröffnung der Potentbahn, der nördlichsten Eisenbahn der Erde, in Lapland erschlossen worden. Dort, wo schwedische, norwegische und russische Eiswälder zusammenstoßen, sind Erzfelder vorhanden, deren Lieferkraft auf absehbare Zeit unerschöpflich sein soll. Hauptabnehmer dieser Erze ist zunächst Deutschland. Den Vertrieb hat die hiesige Firma L. Roskell u. Co. für den ganzen Kontinent in Händen. So findet das Großkapital immer neue Mittel und Wege, um selbst die entlegensten Erdenwinkel für den Produktionsprozeß nutzbar zu machen.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Die letzte Sonntagswanderung nahm einen fröhlichen Verlauf. Mit Interesse beschäftigten die über 100 Wanderer die das Hünengrab, von dem der 2. Vorsitzende kurz eine Erklärung gab. Am Sonntag den 9. August findet das Sommerfest in der Riesebuschhalle statt. Die Theilnehmer werden mittelst Sonderzuges hin- und zurückbefördert. Der Preis ist auf's Billigste bemessen. Musik, Langstanzschüler, Kindervergnügen, Spiele usw. sorgen für die Unterhaltung. Bei Herrn Weiland, Königstraße, und bei dem Vereinsboten Brammer, Glockengießstraße 72, und Niebuhr, Schützenstraße 32, ist der Kartenverkauf.

Eine Villenkolonie wird jedenfalls am Heiligengeistfeld entstehen. Die Vorsteherin des Hospitals beabsichtigt nämlich, vom nächsten Jahre ab eine Anzahl Parzellen des Kampfs als Sommergärten und unter Gestattung der Aufstellung von hölzernen Pavillons auf zehn Jahre zu verpachten. Nähere Auskunft wird im Inspektorat des Hospitals, Geibelplatz Nr. 8, zwischen 9 und 1 Uhr erteilt.

Handelsregister. Am 27. Juli 1903 ist eingetragen: 1. bei der Firma Friedr. Holtz in Lübeck: Der Ehefrau M. Chr. C. Holtz geb. Rohwedder in Lübeck ist Procura erteilt; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft Haltermann u. Brattström in Lübeck: Die Procura des H. J. J. Böhmke ist erloschen. Dem J. G. C. Roggentamp und dem F. J. R. Bannow, beide in Lübeck, ist Gesamtprocura erteilt; 3. bei der Firma Carl Lassen in Hamburg mit Zweigniederlassung in Lübeck: Dem G. J. J. Budemann und dem Chr. W. A. Lassen, beide in Hamburg, ist Procura erteilt.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das Gewerdeschiff 12 belegene Grundstück des Bauunternehmers S. G. S. S. S. am 11. Sept., 12 Uhr, gerichtlich versteigert werden.

Die Wassermenge des Krähenteiches betrug gestern 21 Grad C.

Ein neuer Abstinenzverein, der den Namen „Lübecker Abstinenzverein Hanja“ führt, ist gestern Abend in Haste's Gesellschaftshaus gegründet worden. Die Versammlungen finden jeden Donnerstag im vorgenannten Lokal statt.

Stoßelshorst. Die Stelle eines Detonomen der Armen-Arbeitsanstalt wird zum 1. Oktober vakant. Anwärter auf die Stelle haben sich bis zum 2. August beim Herrn Gemeindevorstand B. Bruhns zu melden, wo weiteres zu erfahren ist. Als Kaution sind bei Annahme der Stellung 400 Mark zu hinterlegen.

Stoßelshorst. Ein Schadenfeuer wüthete in der Nacht zum Sonntag in Mori-Sandfeld. Das Haus des Käthners Heim. Fied wurde vollständig eingeeicht. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Auch das Pferd und die Schweine wurden noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht, so daß kein lebendes Vieh unversehrt ist; dagegen ist sämtliches Mobiliar ein Opfer des verheerenden Elements geworden. Die Entstehungsursache des Feuers ist bisher unbekannt. Als erste Hilfe ergriffen auf der Brandstätte die Schönbödenener Feuerwehr, die gerade an jenem Abend Übung gehabt hatte; später erst fanden sich noch die Wehren von Gr. Steinrade, Kropelsdorf und Stoßelshorst ein. Wesentlich erleichtert wurde die Löscharbeit dadurch, daß sich gerade gegenüber dem Feuerherde ein Teich befand.

Curia. Beim Baden ertrunken ist im Klettersee in der Nähe des Kurhotels „Holtz Schweiz“ der Diener eines dort wohnenden amerikanischen Konsuls.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Ein vom Altonaer Gewerkschaftsstellvertreter bei der Polizeibehörde gestellter Antrag auf Genehmigung eines Umzugses der dem Kartell angehörigen Gewerkschaften zum Gewerkschaftsfest in Bahrenfeld ist unter Berufung auf die damit verbundene „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ abgelehnt worden. Die Altonaer Polizei ist doch wirklich sehr um die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ besorgt, wenn es sich um Arbeiter handelt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Beim Rangieren geriet in Friedrichsruh der Rangierer Stehr unter die Räder, wodurch ihm beide Füße abgeschnitten wurden. Der 23jährige Mann wurde im hoffnungslosen Zustande in das Hamburger Krankenhaus überführt. — In Bügnow wuzte sich der fünfjährige Sohn des Bremers Kraas das Leichnam seines Vaters zu verschaffen und legte aus Scherz auf seine 1-jährige Schwester an. Der Schuß ging los und die Kugel drang dem Kinde in die Stirn. Das Mädchen wurde nach dem Hofstoder Krankenhaus gebracht, wo es noch an demselben Abend verstarb. — Freitag Abend fiel auf dem Rittergut Werle bei Grabow der 17jährige Knecht Jhwe vom Pferde, das Pferd trat auf ihn. J. erlitt so schwere Verletzungen, daß er am Sonnabend Morgen verstarb. — Als der Dampfer „Orion“ am Sonntag Abend an der Landungsbrücke in Husum anlegte, drängte das Publikum auf das schwimmende Anlegelock und auf das bewegliche Brückenstück zwischen Fuß und Brücke. Dreißig Erwachsene und Kinder fielen in's Wasser, wurden aber glücklicherweise gerettet.

Altona. Eine entsetzenerregende Bluttat, der drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, wurde hier am Sonntag Abend verübt. In der Bahnhofsstraße wohnte die etwa 30jährige Wittve Baur mit einer alten Haushälterin. Die Frau Baur hat zwei Söhne, von denen der eine in Altona wohnende zu den besten Rechtsanwäkten gehört, der andere war bis vor kurzem Amtsrichter in Krempe, welches Amt er jedoch wegen hochgradiger Nervosität seit einiger Zeit nicht mehr bekleidete. Er wohnte seitdem bei seiner alten Mutter und ließ sie seiner Pflege theilhaftig werden, so weit sein eigener Zustand ihm dieses erlaubte. Der Zustand der alten Frau, die seit einiger Zeit an das Krankenbett gefesselt war, hatte sich in letzter Zeit verschlimmert, so daß auch der Bruder des Amtsrichters, der Rechtsanwalt Baur, am Sonntag bei seiner schwerkranken Mutter sich aufhielt. Abends um 11 Uhr trat der Tod der alten Frau ein. Der Rechtsanwalt setzte sich nun an ein im Sterbezimmer stehendes Pult, um jedenfalls den Anverwandten Nachricht von dem erfolgten Tode der Mutter zukommen zu lassen. In diesem Augenblicke muß die entsetzliche That geschehen sein. Es erfolgte kurz hintereinander mehrere Revolvererschüsse, die die Nachbarn veranlaßten, die baurische Wohnung zu betreten. Hier bot sich den Eintretenden ein grauenhafter Anblick dar. Im Sterbezimmer der Frau Baur lag mit durchschossenen Schläfen der Amtsrichter Baur, den Revolver noch in der rechten Hand haltend, neben ihm sein Bruder, auf einem Sessel vor dem Schreibpult sitzend, noch die Feder in der Hand, todt mit von hinten durchgeschossenem Kopfe, und daneben, mit dem Gesicht auf dem Fußboden liegend, die alte Haushälterin mit ebenfalls durchgeschossenen Schläfen, dazwischen die alte Frau Baur todt im Bett. Es ist wohl zweifellos, daß der Amtsrichter Baur die That in einer noch durch den Tod seiner Mutter höher gespannten geistigen Störung begangen hat. Die Frau des Rechtsanwalts Baur befindet sich zur Zeit mit ihren fünf Kindern zum Sommeraufenthalte im Nischebad Nienburg.

Kiel. Ein großer Kriminalfall entstand am Sonnabend anlässlich der Verhaftung des Arbeiters Weber. Letzterer sollte, nachdem er seinen Namen verweigert hatte, wegen Ausschreitungen inhaftiert werden. Er riß sich jedoch los und eskam. In demselben Augenblicke wurde auf einer benachbarten Brücke durch einen Betrunknen eine große Menschenansammlung verursacht. Als nun derselbe Schutzmann zur Verhaftung des Betrunknen schreiten wollte, erhielt er plötzlich von dem wieder herbeigekommenen Weber einen wuchtigen Schlag auf den Kopf. Nun gelang es mit Hilfe eines anderen Schutzmannes und mehrerer Zivilisten, den Weber festzunehmen. Während des Transports eröffnete das Bombenthum ein hartes Stein-Bombardement auf die Beamten. Hierbei wurden die Schutzleute Gorgas und Mauch schwer verletzt. Ein Sergeant des Seebataillons, der den Beamten zur Hilfe eilte, wurde durch Messermische erheblich verwundet. Die angegriffenen Beamten mußten theilweise vor der Uebermacht der halbwegsigen Burden in ein Haus flüchten, dessen Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Polizei hat bis jetzt drei Verhaftungen vorgenommen, weitere stehen bevor. Weber gelang es, in der Menschenmenge zu entkommen. Er ist auch noch nicht ermittelt worden.

Kiel. Arbeitsmangel auf der kaiserlichen Werft. Die kaiserliche Werft hat nach der „Kiel. Zig.“ die Marinebehörden und Kommandos in Betreff Einstellung von Heizerinnen als Werftarbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Herbst im allgemeinen keine Arbeiter eingestellt werden, jedenfalls keine Maschinenbauer und Schlosser. Die vorbenannten Behörden und Kommandos sind deshalb ersucht worden, von im Herbst zu entlassenden Mannschaften gestellte Gesuche um Beschäftigung auf der Werft nach erfolgter Entlassung in diesem Sinne direkt zu beschreiben.

und nicht an die Werk weiterzugeben. Somit wurden im Herbst zahlreiche Arbeiter eingekerkert, wobei in erster Linie die zur Entlassung gekommenen Manufakturen berücksichtigt wurden.

Schlesien. Einiges von der Zwangsgermanisation. Aus der Provinz Schleswig-Holstein wird der Berliner Volks-Zeitung geschrieben: Seitdem gegen das Ende des Jahres 1888 der dänische Unterricht in den nord-schleswigen Volksschulen bis auf einen kleinen Rest, einige Religionsstunden in dänischer Sprache, beseitigt wurde, sind fort und fort die „günstigen Wirkungen“ dieser Maßregel gerühmt worden. Auch jetzt wird, aus Anlaß der Reise nach Schleswig-Holstein, die der Kultusminister zum Zweck der Inspektion der nord-schleswigen Schulen gemacht hat, in der „patriotischen“ Presse dieselbe Behauptung wiederholt. Der Minister hat seine Zufriedenheit mit den deutschen Sprachkenntnissen der Kinder ausgesprochen. Der Beweis für das Gelingen der deutschen Gesinnung in Nord-Schleswig wurde ihm dadurch geliefert, daß die Schulkinder ihm das den Dänen äußerlich verhasste Schleswig-Holstein-Lied vorzungen. Es zeugt von der Oberflächlichkeit des Urtheils in „patriotischen“ Kreisen, daß diesen das Auge heftenden Neugierlichkeiten eine Bedeutung beigelegt wird, die sie nicht haben. Man wolle durch jene Maßregel nicht nur den Kindern deutsche Sprachkenntnisse beibringen, man höre auch den Gebrauch der deutschen Sprache im täglichen Verkehr und die Ausbreitung deutscher Gesinnung in der Bevölkerung dadurch fördern zu können. Beides ist nicht gelungen. Die Dänen sind zu einem energischer Kampf für die Erhaltung ihrer Muttersprache aufgefaßt worden. Sie halten sie als Umgangssprache sehr hoch, und sie bringen schwere Opfer, um ihren Kindern durch Entsendung nach Dänemark auf die dortigen Volkshochschulen das zukommen zu lassen, was ihnen hier verweigert wird, gründliche Ausbildung in der Sprache, die sie lieb haben und nicht gegen eine andere ihnen aufgedrungenen vertauschen wollen. Der Oppositionsgeist der Dänen ist zum Theil gerade infolge dieses Sprachkampfes erstarkt. Der Ausfall der Wahl ergab im nördlichen Schlesien eine Zunahme der dänischen Stimmen seit der Reichstagswahl im vorigen Jahre, und während des Wahlkampfes hat sich die in das wahlberechtigte Alter eintretende Jugend durch besondere Eifer für die Dänenpartei hervor. Die Dänen legen jetzt auf den nord-schleswigen Synoden durch Erneuerung der Forderung, daß die Sprachverfassung von 1888 geändert werde, ihren Kampf gegen diese Maßregel fort. Der Redakteur der in Nord-Schleswig am meisten gelesebenen Zeitung verbißt zur Zeit eine Gefängnisstrafe wegen eines Artikel voll scharfer Angriffe auf die Teilnehmer an einem deutschen Feste. Glaubt man diesen netzwerkenden Deutschenhaß dadurch bannen zu können, daß man den Kindern Dänenhaß einzuflößen sucht, daß man sie ein Lied singen läßt, das die Erinnerung an alte Kämpfe aufwacht?

Letzte Nachrichten.

Garlin. Zwei Kinder verbrannt. In der Wohnung eines Arbeiters entstand während der Zeit, wo er sich mit seiner Frau im Wirtshaus aufhielt, ein

Stubenbrand, wobei zwei ihrer Kinder ums Leben kamen. Die Eltern wurden verhaftet.

Rudolstadt. Luftmord. In einem Kornfeld in der Nähe des Bahnhofes von Stadtilm wurde der Leichnam eines ermordeten jungen Mädchens gefunden. Es sind Anzeichen vorhanden, daß ein Luftmord vorliegt.

Mainz. Bei der Ruder-Regatta ereignete sich Sonntag ein Unfall. Ein Boot der Mannheimer „Amicitia“ kenterte, ein Ruderer erkrankte. Die Regatta, der der Großherzog von Hessen beizuwohnte, wurde sofort aufgehoben.

Großhau. Vom Eisenbahnzuge getödtet. Sonntag Abend wurde am Bahnübergang auf der Verbindungsstraße zwischen Großgerau und Dorberg ein Wagen von dem 11. Uhr fahrenden Mainzer Beiwagenzug zertrümmert. Eine auf dem Wagen sitzende Person wurde getödtet, eine andere schwer verletzt.

Wien. Sieben Personen ertrunken. Ein schweres Bootunglück hat eine Hochzeitsgesellschaft in Galizien betroffen. In der Nähe von Jatinca fuhr ein Boot, in dem sich 19 von einer Hochzeit zurückkehrende Bauerleute befanden, in dem hochangelschwollenen Flusse um, wobei der Bootsführer, ein Brüderpaar, zwei Mütter mit je einer Tochter ertranken. Die übrigen wurden gerettet.

Mailand. Ein schwerer Unglücksfall, wird aus den Bergamaster Alpen gemeldet. Bei Otre il Colle stürzte ein Wagen einen steilen Abhang herunter; eine Dame aus Bergamo war sofort todt, ihre Tochter und der Kutscher sind tödtlich verletzt.

Rom. Ein leichtes Erdbeben wurde Montag Morgen 1. Uhr in ganz Ober-Italien wahrgenommen.

Neapel. Giftmord. Im benachbarten Avellino stürzte während der Messe der feiernde Priester Dr. Josef Precioni bewußlos zusammen. Im Hospital heilte man jetzt, daß der Meßwein vergiftet war. Es fehlt noch jeder Anhalt dafür, wer der Thäter ist.

Glasgow. Schwere Eisenbahnunglück. Auf der Station Saintenochs (Schottland) fand Montag Morgen ein Eisenbahnunglück statt, bei dem dreizehn Personen ums Leben kamen und zwanzig verletzt wurden; zwei Wagen des Zuges wurden miteinander geschoben. Der Zug führte viele Ausflügler mit sich, die von der Insel Man zurückkehrten.

Tomsk. Auf der sibirischen Eisenbahn entgleicht in bei Ojebachinsko ein Zug, wobei fünf Personen getödtet, sechs schwer und viele leicht verletzt wurden. Fünf Waggons wurden vollständig zertrümmert.

Aus Nah und Fern.

Ein Daniel in Amerika. Drei der Handlung: der Staat Minnesota; Hauptperson des Stückes: ein gewisser Johnson, der zum Friedensrichter einer kleinen Stadt gewählt worden ist, obwohl er nicht die geringsten juristischen Kenntnisse besitzt; da er aber der älteste Herr der Gemeinde ist, glaubt er einen heiligen Anspruch auf dieses hohe Amt zu haben. Der erste Akt, den er zu einem geblühten Ende

führen sollte, war der eines Mannes, der wegen Räuberdiebstahl vor Gericht stand. Da der neue Richter sich bei seiner „Premiere“ nicht von einem allzu zahlreichen Publikum beobachten lassen wollte, setzte er die Verhandlung auf sieben Uhr morgens fest. Es erschien in der That niemand außer dem Scheriff, dem Gefangenen und seinem Advokaten; selbst der Staatsanwalt glänzte durch Abwesenheit. „Meine Herren, ich eröffne die Sitzung“, sprach der alte Schöffe und schlug dabei mit der Faust auf den Tisch, daß der Kälberdieb am ganzen Leibe zitterte. Rasch sprang aber der Advokat auf und hielt folgende Ansprache: „Ow Cyren, ich verrete hier den Gefangenen. Dies ist die Stunde, die Sie als weiser und gerechter Richter schweigend haben, um meinen Fall zu hören, und da der öffentliche Ankläger durch Abwesenheit glänzt, beantrage ich die Freisprechung des Angeklagten.“ Der Kälberdieb, der sich von seinem Unfall erholt hatte, nicht befriedigt. Der Richter überlegte, dann sagte er: „Meine Herren, es ist hier der Antrag eingebracht worden, daß der Angeklagte freigesprochen werde.“ — Der Angeklagte erhob sich und sprach feierlich: „Ich unterstütze den Antrag.“ — „Meine Herren“, fuhr der Gerichtshof fort, „Sie haben gehört, daß der Antrag unterstützt wird. Wer dafür ist, jage laut: „Ja!“ — „Ja!“ riefen der Advokat und der Gefangene einmütig. — „Wer dagegen ist, jage laut „Nein!“ — „Nein!“ schrie der Scheriff. — Der Angeklagte ist mit Stimmenmehrheit freigesprochen!“ entschied der Richter. „Die Tagesordnung ist erschöpft, ich hebe die Sitzung auf.“ Der Advokat packte seine Akten zusammen, der freigesprochene Kälberdieb brachte ein Hoch aus auf den weisen und gerechten Richter, und alle drei gingen befriedigt nach Hause.

Amerikanische Reklame. In der „Arena“ führt ein genauer Kenner des amerikanischen Geschäftslebens aus, daß das Anzeigenwesen in Amerika im Laufe der letzten 25 Jahre sich mindestens um das Zwölfwache in seinem Umfange vermehrt habe und daß der der Gesamtbetrag, der in den Vereinigten Staaten in einem Jahre für Reklame ausgegeben werde, jedenfalls 300 Millionen Dollar erreiche.

Briefkasten.

Sperre-Verhängungen u. können nur dann Aufnahme finden, wenn die betr. Mittheilungen von der Lohnkommission oder dem Vorstand zwecks Kontrolle abgestempelt sind.

Langjähriger Abonnent. Sie können nach Lage der Sache die Erbschaft erst antreten, wenn Sie Ihren Bruder im Wege des Aufgebotsverfahrens haben für todt erklären lassen. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt.

Sterbungen-Stchmar.

Hamburg, 27. Juli
Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 315 Stück. Preis: Sengschweine — 11. Verlandschweine, schwere 52—53 M., leichte 51—55 M., Sauen 45—47 M. und Ferkel 51—53 M. pro 100 Pfund.

Zum 1. Okt. eine kleine Wohnung

zu vermieten Große Grödelstraße 43.
2 kleine Wohnungen
3 Zimmer, Küche und Zubehör.
Näheres Holtenauer 51

Wohnung, 3 Zimmer,
mit Zubehör, Henri-Sirchhof 1—3.
Näheres Holtenauer 23.

zwei verheirathete Tischlergesellen
bei gutem Lohn.
Woblfabrik Schinners.

Streichfirt. Deljarben
kalt und mit Dampf verwendbar.
Doppel-Fußbodenlantzöl
für einen Raum verwendbar, ohne zu riechen.
Sprit- und Bernstein-Fußboden-Lacke
Bohnerwachs

J. Runge, Drogerie u. Farben
Moisl. Alter 6a.

Zum Einmachen:

Weinstein- Säure
Salizyl-
Gewürze, Korlen, Garz,
Flaschenlack, Schwefelsäure,
Peruanerpapier.

J. Runge, Drogerie
Moisl. Alter 6a.

Zentral-Verband der Fleischer
und Metzgermeister Deutschlands.

Versammlung

am Mittwoch den 29. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Durch unsere Buchhandlung und deren Kolporteurs sind folgende Werke zu beziehen:

- W. Blos. Französische Revolution von 1789 in 20 Lieferungen a 20 Bfg.
- W. Blos. Deutsche Revolution von 1848/49 in 27 Lieferungen a 20 Bfg.
- Héritier. Französische Revolution von 1848 in 25 Lieferungen a 20 Bfg.
- Lissagaray. Geschichte der Kommune von 1870/71. 11. Ausgabe in 15 Bief. a 20 Bfg.
- W. Zimmermann. Großer deutscher Bauernkrieg in 26 Lieferungen a 20 Bfg.
- A. Dodel. Aus Leben und Wertschaft, 22 Lieferungen a 20 Bfg.
- R. Peters. Glaube an die Menschheit, 10 Lieferungen a 20 Bfg.
- A. Stadthagen. Das Arbeiterrecht und Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch, 22 Lieferungen a 20 Bfg.
- E. Wurm. Gesundheitslehre im Staat, Gemeinde und Familie, 25 Liefer. a 20 Bfg.

Obige Werke sind auch elegant gebunden erhältlich.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Von der internationalen Bibliothek
2. illustrierte Serie

- R. Bommeli. Geschichte der Erde, broschirt 4.25 M., eleg. gebd. 5.90 M.
- R. Bommeli. Die Thierwelt, broschirt 5.60 M., elegant gebunden 7.10 M.
- R. Bommeli. Die Pflanzenwelt, broschirt 4.00 M., eleg. gebunden 5.50 M.
- B. Langkovel. Der Mensch und seine Rasse, broschirt M. 4.00, elegant gebunden, 5.50 M.

Obige Lehrreichen Werke eignen sich in Sprachband zu Geschenken, besonders für unsere eigene Jugend.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Die beiden neuen weißen
Kartoffeln
von heute ab nur 50 Pfa.,
rothe Kartoffeln nur 40 Pfa.
pro 10 Pfr. gleich ca. 15 Pfund.
Spethmann & Fischer
Befersgrube 59.

Grosse Auktion
Mittwoch den 29. Juli 1903
Nachmittags 2 1/2 Uhr
14 Hundestraße 14
über: Kostüm-Parasol aller Art, sowie Sofa, Teppiche, Bettzeug, Aufwaid, Koffer, Bilder, sowie einen großen Kasten Damen-Mantel und Koffer und verschiedene Regenschirme, große Einziehosen, Kinder-Kostüme, Porzellan- und Galvanisierwaren, große Waage, Tafel, Messer, Kämme u. v. a. Gen. m.
J. C. B. Schmehl
Auktionator und Taxator

Sportklub Ohne Zweifel.
Verammlung
am Donnerstag den 30. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
Der Vorstand.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mittheilung, daß ich die

Rossschlachtere
meines verstorbenen Mannes
Rudolph Dieckvoss
mit meinem erwachsenen Sohne in unveränderter Weise weiterführen werde.
Das meinem Manne in so reichem Maße erwiesene Wohlwollen bitte auch auf mich übertragen zu wollen.
Hochachtung
Frau Rudolph Dieckvoss Ww.
Rossschlachtere, 12 Oberstraße 12.
Lübeck, Juli 1903.

Freiwill. Kranken- u. Sterbefälle
(E. S. Nr. 6 in Lübeck).

General-Versammlung
am Mittwoch den 29. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tagesordnung siehe Einladungszeitel.
Außerdem: Vorberathung der Statutenänderung. Mitgliedsbücher vorzeigen.
Der Vorstand.

Gewerkschaften, und Vereine,
welche dem Gewerkschafts-Kartell nicht angehören, und gewillt sind, an dem Ausfluge nach Israelsdorf theilzunehmen, werden erjucht, sich
bis zum 31. Juli d. J.
beim Komitee, Johannisstraße 50, schriftlich zu melden.
Später sich Meldende können bei der Auslosung der Reihenfolge nicht berücksichtigt werden und haben sich am Ende des Zuges anzuschließen.
Alle Gewerkschaften werden gebeten, auf je 20 Mitglieder einen Mann in das Hülfskomitee zu delegiren.
Das Komitee.

Verantwortliche Redaction für den grünen Theil der Zeitung: „Lübeck und Umgegend“, sowie der mit J. S. bezeichneten Artikel und Korrigenda: Otto Friedrich. — Verantwortliche Redaction für den schwarzen Theil der Zeitung: „Lübeck und Umgegend“, sowie der mit J. S. bezeichneten Artikel und Korrigenda: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Samstage in Lübeck.

An die Parteigenossen

der Provinz Schleswig-Holstein,
des Herzogthums Lauenburg, des Fürstenthums Lübeck
und der freien Hansestadt Hamburg.

Seit Beschluß des im Jahre 1902 zu Hensburg abgehaltenen Parteitags soll der diesjährige Parteitag in Husum stattfinden. Diesem Beschluß entsprechend hat die Agitationskommission beschlossen, den Parteitag für oben genannte Landestheile zum

6. September 1903, Nachmittags 3 Uhr,
nach Husum, **Stablfestament „Centralhalle“** Norders-
traße,

einuberufen.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Agitationskommission.
Referent: H. Viena u.
2. Bericht über die Presse.
Referenten: Jul. Krause und Wih. Breccour.
3. Bericht über die Landtagswahl-Konferenz in Berlin.
Referent: Ed. Adler.
4. Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge und Resolutionen, soweit sie nicht schon durch die obigen Punkte der Tagesordnung erledigt sind.
5. Wahl der Sitze der Agitations- und Pressekommision.

Parteigenossen! Die Reichstagswahlen von 1903 haben vorläufig ihren Abschluß gefunden, die Landtagswahlen stehen vor der Thür und harren binnen kurzer Frist ihrer Entscheidung. Da beide Wahlen aber noch einer eingehenden Berathung unterzogen werden, erwarten wir eine zahlreiche Theilnahme aller Wahlkreise und machen darauf aufmerksam, daß die Delegirten sich auf eine Tagung des Parteitages bis Montag, den 7. September, einzurichten haben. Die Wahlen der Delegirten sind nur in Partei- resp. Vereinsversammlungen der betreffenden Organisationen am Orte vorzunehmen. Für diejenigen Orte und Bezirke, in welchen es den Genossen erschwert wird, Versammlungen abzuhalten, ist die Wahl der Delegirten durch Unterschriften der am Orte anwesenden und auch thätigen Genossen zu vollziehen und durch die dortigen Vertrauenspersonen befähigten zu lassen, unter Berücksichtigung des Absatz 7 des Agitationsplans.

Die gewählten Delegirten der einzelnen Orte werden ersucht, nach stattgefundener Wahl umgehend ihre genaue Adresse dem Unterzeichneten mitzutheilen, die Mandatsformulare werden dann den Delegirten zugesandt.

Anmeldungen betreffs Logis sind rechtzeitig, spätestens bis zum 30. August an den Vorsitzenden der Lokalkommission Genossen Fr. Plußmann in Husum, Woldenstr. 70, zu richten; derselbe ist auch bereit, diesbezügliche Auskünfte zu erteilen.

Die von den Vororten der einzelnen Wahlkreise aufgestellten Jahresberichte müssen bis zum 1. August, Anträge, welche gedruckt dem Parteitage vorgelegt werden sollen, bis zum 14. August 1903 bei dem Unterzeichneten eingegangen sein.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Die Agitations-Kommission.

F. A. Heinr. Viena u.

Reumünster, Bickelstraße 14.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Hirschberg i. Schl. streiken seit Sonnabend die Zimmerer. Ihre Forderung ist minimal, nämlich ein Stundenlohn von 34 Pfg. gegen 30 bis 32 Pfg. — In Bunzlau dauert der Maurerstreik fort. Die zugereisten italienischen Arbeiter wurden von den Streikenden mit Geldmitteln versehen und wieder fortgeschickt. — Der Streik der Zieher in der Hutfabrik der Gebrüder Heymann in

Breslau ist als aussichtslos aufgehoben worden. Es verbleiben noch 13 Gemäßregelte. — Eine allgemeine Lohnbewegung steht im Berliner Steinmetzgewerbe bevor. Der bestehende Tarifvertrag läuft mit dem 1. September d. J. ab. Die Arbeiter wollen ihn nur erneuern, falls ihnen weitergehende Zugeständnisse gemacht werden. Sie fordern eine achtstündige Arbeitszeit statt der bisher üblichen neunstündigen, Erhöhung des Minimalstundenlohnes von 60 auf 70 Pfennig für Werkstätten 75 Pfennig für Bauplätze, die Abschaffung der Akkordarbeit und Bewilligung eines 60 Pfennig-Stundenlohnes für Schleifer und Dreher. — Auch die Berliner Feilenarbeiter (Hauer, Schleifer, Schmiede und Hilfsarbeiter) beabsichtigen demnächst in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten. Veranlassung hierzu giebt ihnen die bisherige Ungleichheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben, die durch einen für alle Betriebe gültigen Einheitstarif behoben werden soll. — Ein neuer Müllkutschersstreik ist bei der Firma Köhler u. Co. in Berlin ausgebrochen. Dort legten sämtliche Kutscher, Mitfahrer und Schaffer die Arbeit nieder. Der Grund zur Arbeitsniederlegung besteht darin, daß der Inspektor die Mitglieder des Handels- und Transportarbeiterverbandes im Betriebe nicht dulden wollte. — Die Töpfer in Potsdam beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten. Ihr bisheriger Vertrag mit den Meistern läuft am 1. August ab. Sie fordern nun von diesem Tage ab einen Minimallohn von 60 Pfg. pro Stunde. Man hofft auf eine gütliche Einigung mit den Meistern. — Ein Streik landlicher Arbeiter ist auf der Fehlschifferei des Großkaufmanns Wertheim in Labowa a. S. ausgebrochen. Es waren drei Arbeiter entlassen worden, weil sie es unternommen hatten, einen anderen von der Uebernahme einer Stelle auf dem Gute abzuhalten. Als die Forderung der anderen Arbeiter, jene drei wieder einzustellen, abgelehnt wurde, da legten sie sämtlich die Arbeit nieder. — Die Silber-rahmfabrik von B. Gross (Aktien-Gesellschaft) in Leipzig hat Sonnabend wegen Lohnstreitigkeiten sämtliche Tischler entlassen, denen wahrscheinlich in einigen Tagen die übrigen Branchen: Vergolber, Steindrucker, Buchbinder usw. folgen werden. — Die Einführung eines Lohnstarifs zum 1. August verlangen die Töpfer in Sena und Wenigenjena von ihren Meistern. Der Tarif enthält eine genaue Spezialisirung der Akkordarbeiten und sieht für Lohnarbeiten einen Minimallohn von 40 Pfg. pro Stunde vor. Ferner wird eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden angetragen. Von den vorhandenen zehn Geschäften haben sofort zwei bewilligt, die Entscheidung der übrigen wird in einigen Tagen erwartet. 14 von 17 Gehilfen sind im Töpferverband organisiert. — Sämtliche Hilfsarbeiter der Pianofortefabrik von Haim in Krefeld legten die Arbeit nieder. Die Ursache ist in einer 40prozentigen Lohnreduzierung zu suchen. — Die Zimmerer aus Sperrung in Mainz dauert im Gegensatz zur Maurerstreik unverändert fort. Die Zimmermeister sind zu keinerlei Entgegenkommen geneigt. Der Zugang von Zimmerern ist demwegen von Mainz nach wie vor fernzuhalten. — 200 Korfschneider in Stöteburg haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine Lohnhöhung von 5 Prozent. — In der Poraxschen Papierfabrik in Rieberg in Böhmen ist ein Abwehrstreik ausgebrochen. Die Herren Porax haben ihren Arbeitern verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und haben begonnen, die Organisirten zu kündigen. Darauf haben die Arbeiter alle die Arbeit eingestellt. Sie fordern die Rücknahme der Entlassung und Anerkennung der Organisation.

Die städtischen Gasenarbeiter in Stettin haben in den letzten Jahren mehrfach Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangt. Der Magistrat hat es jedoch bisher bloß bei Versprechungen, und da auch nur für bestimmte Forderungen, bewenden lassen. Von den städtischen

Gasenarbeitern ist infolgedessen neuerdings eine Petition an das Stadtverordneten-Kollegium geschickt worden, in der Wochenlöhne von 19—25 M., bessere Bezahlung der Ueberzeit- und Sonntagsarbeit, vierwöchentliche Kündigung, wasserdichte Gewänder, Befestigung der drakonischen Strafbestimmungen, Errichtung eines Arbeiterausschusses, Gewährung eines Sommerurlaubs und Aushändigung von je einer Arbeitsordnung an jeden Arbeiter gefordert werden. Die näher begründete Eingabe ist sämmtlichen Stadtverordneten zugestellt worden.

Tarifvertrag für Parkettleger. Die Bestrebungen auf Einführung eines Tarifvertrages bei den Parkettlegern sind jetzt einen guten Schritt weiter gekommen. Eine Versammlung der Parkettleger in Stuttgart hat den Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes ersucht, seine Zustimmung zu geben, daß in einer Filiale eine Kommission eingesetzt wird, der die Ausarbeitung eines allgemeinen, für ganz Deutschland geltenden Tarifes obliegt. Die bestehenden Lokaltarife müssen der Kommission eingereicht werden. Sollte auf schriftlichem Wege nicht eine Tarifbildung gelingen, so soll eine Konferenz einberufen werden, um die Differenzen auszugleichen.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals will sich dem deutschen Holzarbeiter-Verband als selbständige Untergruppe anschließen. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange. Mit Anerkennung wurde in der letzten Verbandsitzung der Direktion des Schillertheaters D. und N. gedacht, die ihren Bühnenarbeitern während der 4—6 Wochen Sommerferien die halbe Gage zahlt, ohne dafür auf irgend eine Gegenleistung Anspruch zu machen.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverband ist bisher, wie aus dem ersten Halbjahresbericht hervorgeht, von günstigen Folgen gewesen. Die von manchen Seiten befürchtete größere Fluktuation wegen der erhöhten Beiträge ist nirgends eingetreten, im Gegentheil hat sich in mehreren Zahlstellen der Mitgliedsbestand ganz merklich gehoben. Gerade die zuletzt errichteten Zahlstellen weisen eine bedeutende Vermehrung der Mitglieder auf. Im ganzen Verband wird jetzt eine rege Agitation entfaltet, um durch zahlreiche Versammlungen neue Anhänger für den Verband und dessen Unterstützungsanstaltungen zu gewinnen.

Der sechste allgemeine Kongress der Freien Deutschen Gewerkschaften (Lokal-Organisationen) ist zum 13. September nach Berlin einberufen worden. Neben geschäftlichen Fragen soll vor allem über die Stellung der Freien Gewerkschaften zu den Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes, sowie über Agitation und Organisation berathen werden. Bekanntlich hat der Parteivorstand mehrfach Versuche unternommen, die bestehende Kluft zwischen den zentralisirten Gewerkschaften und den Lokal-Organisationen zu überbrücken. Bei den Lokal-Organisationen hat das Vorgehen des Parteivorstandes indessen bisher verhältnismäßig wenig Anlag gefunden.

Internationale Kongresse. Vom 4. bis 6. August findet in Enschede (Holland) ein internationaler Kongress christlicher Textilarbeiter statt; am 2. August tagt in Mailand eine internationale Lederarbeiterkonferenz.

Die Zahl der deutschen Gewerkschaftskartelle, die im ständigen Verkehr mit der Generalkommission stehen, beträgt z. Bt. 408. Neu gegründet wurden im verfloffenen Halbjahr 13 Kartelle, nämlich in Arheilgen, Beuthen, Brake i. W., Brezzenheim, Elberfeld, Emden, Kammin i. B., Lübeck, Nossen, Oberstein, Deberan, Delsnitz und Weinheim. Eingegangen, bezw. verschollen sind die vormalig bestehenden 12 Kartelle in Oberwalde, Fellinghausen, Feuerbach i. Mürit., Grimmen, Lugau, Mühlheim a. d. Ruhr, Niesla, Rosenheim i. Bayern, Streik i. M., Tübingen, Walblingen und Würzen.

Ein Kongress der „nicht sozialdemokratischen“

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

75. Fortsetzung.

„Nun, wie gefällt Ihnen das?“ sagte Krüger, als Rebe die Epistel beendet hatte und das Blatt wieder lächelnd auf den Tisch zurücklegte.

„Und sorgt Sie das wirklich, was ein Strohwisch schmerzt?“ sagte er. „Ich kann mir doch nicht denken, daß es auch nur den geringsten Einfluß auf das Publikum haben könnte; also lassen Sie ihn schreiben. Nichts darf man ja doch von einem solchen Menschen nicht nehmen.“

„Das sagen Sie, lieber Rebe,“ rief der Direktor; „aber ich kenne die Welt und mein Publikum besser, und ich versichere Ihnen, der Artikel hat Sie hier zu Grunde gerichtet.“

„Und wollen Sie es trotzdem versuchen?“

„Ja, wollen Sie es denn versuchen?“ rief Krüger erstaunt. „Mann Gottes, ich gebe Ihnen mein Wort, daß Sie bei Ihrem ersten Auftreten ausgepiffen werden!“

„Ich habe keine Furcht, Herr Direktor,“ sagte Rebe ruhig und entschlossen. „Mit solchen schmutzigen Waffen kann ich allerdings nicht kämpfen und werde es nicht, aber wir können jetzt gleich an mir die Probe machen, ob das Publikum wirklich ein Urtheil für sich selber hat, oder ob es sich von jedem lumpigen Literaten leiten und an der Nase herumführen läßt.“

„Andern Sie einmal die Welt.“

„Ich will sie nicht ändern, ich will sie nur kennen lernen.“

„Nun, das Vergnügen können Sie haben,“ nickte Krüger; „so viel will ich Ihnen aber sagen, ich habe Sie im Voraus gewarnt. Ich riskire nichts dabei, denn ich bekomme jedenfalls ein volles Haus, und bin auch noch immer erkältet, Sie für

einen vollen Monat zu engagiren, aber mit der Bedingung: fallen Sie beim ersten Auftreten gründlich durch, so ist unser Kontrakt gelöst.“

„Und soll Herr Doktor Strohwisch das Urtheil sprechen?“ lächelte Rebe.

„Nein,“ rief der Direktor, „Sie selber, denn nach der nächsten Vorstellung bleiben wir nicht lange im Zweifel. Das Gute hat es jedenfalls, daß wir genau wissen, woran wir sind.“

„Gut, ich nehme es an,“ nickte Rebe; „ich bin fest entschlossen, dieser Nichtswürdigkeit zu begegnen, und hoffe das Beste.“

„Hoffen, lieber Freund, hoffen ist gar nichts,“ sagte der Direktor. „Aber wollen Sie wenigstens dieses Mal einen guten Rath annehmen?“

„Und welchen, Herr Direktor?“

„Sie haben den ersten nicht befolgt und, will ich recht ehrlich sein, vielleicht auch gut daran gethan. Ein solcher Mensch wie dieser Strohwisch und alle diese Art Leute ist nicht zu kaufen, sondern nur zu miethen, das heißt, mit Eurer Zahlung können Sie sich ihrer nie verschern. Sie brauchen immer Geld und sind unerfährlich. Aber wenn es Ihr Stolz auch nicht zuließe, jenen Durschen zu bestechen, so glaube ich, werden Sie doch nichts dagegen haben, seine Pläne zu krenzen.“

„Wenn das auf ehrenvolle Weise geschehen kann.“

„Ehrenvolle Weise?“ sagte der Direktor, den Kopf ungeduldig herüber und hinüber werfend. „Wenn mich ein unreines Thier anrennt, so sehe ich, daß ich ihm ausweichen kann, und jede Weise ist dabei ehrenvoll, denn Selbsterhaltung bleibt das Hauptgesetz in der Natur. — Ehrenvoll? Kennen Sie es etwa ehrenvoll, wenn Sie den Abend ausgepiffen werden?“

„Wenn es ohne mein Verschulden und ungerecht geschieht.“

„Und wer fragt danach? Ich bitte Sie um tausend

Gottes willen, lassen Sie doch nur die verfluchten Redensarten und werden Sie vernünftig — ohne mein Verschulden und unrecht! Lassen Sie jemanden auf einen falschen Verdacht hin einstecken und ihm den Kopf herunter schlagen, glauben Sie, daß ihm das nachher eine Vernüthigung sein kann, daß es ohne sein Verschulden und ungerecht geschah? Lauter Redensarten; hier haben wir es mit der Sache selber zu thun, und wenn Sie Alles geschickt anfangen, läßt sich dem Musjo doch noch am Ende ein Paroli bieten.“

„Aber wie?“

„Das will ich Ihnen sagen; Geld kostet die Geschichte, weiter nichts. Einige Duzend Freibillets sollen Sie von mir haben, dann engagiren Sie noch eine Anzahl kräftiger Kerle, die ...“

„Mein lieber Herr Direktor,“ unterbrach ihn Rebe, „auf solche Spitzfindigkeiten verstehe ich mich nicht; das wäre ein Mittel, meiner Meinung nach, eben so niedrig wie das andere.“

„Aber die größten Künstler thun es!“ rief der Direktor in Verzweiflung.

„Das mögen sie mit ihrem Gewissen ausmachen,“ sagte Rebe ruhig; „ich habe vielleicht, wie ich Ihnen gern zugehen will, ganz eigenthümliche Begriffe von Ehre, aber meine Meinung ist auch die, daß solche literarische Blatregel gar nicht existiren könnten und elend zu Grunde gehen müßten, wenn Alle so dächten wie ich. Von mir sollen sie wenigstens nie auch nur eines Groschens Werth Unterstützung bekommen, und sind sie nur die Ursache, daß ich am Theater nicht vorwärts komme, gut, dann habe ich mir selber wenigstens keine Vorwürfe zu machen und kann nachher mit Ehre die Bühne verlassen.“

„Wieder „mit Ehre“,“ rief der Direktor ungeduldig.

„Gut, dann machen Sie meinetwegen was Sie wollen, ich werde mir die Zunge nicht weiter daran verbrennen; Sie haben's nicht besser verlangt. Und worin also gedenken Sie

Arbeiterverbände, auf dem über eine Kundgebung für die Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechtes, die Ausbeibung und freibewillige Reform der Vereinsgesetzgebung, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeiterkammern berathen und beschlossen werden soll, ist, der „Sozialen Prolog“ zufolge, für Mitte Oktober d. Js. in einer mitteldeutschen Stadt (Frankfurt a. M. oder Kassel) geplant. Die „christlichen“ Gewerkschaften (diese kommen hauptsächlich dabei in Betracht) wollen mit dem Kongress, wie es in einem Schreiben heißt, der Öffentlichkeit zeigen, „daß Hunderttausende christlich- und nationaldenkender Arbeiter in den Grundfragen der sozialen Reform einig und geschlossen dastehen und unerschrocken ihre höchsten Güter, Glaube und Sitte, Treue zu Kaiser und Reich, zu verteidigen gewillt sind.“ — Ein harmloses Vergnügen!

Eine Arbeiter-Genossenschaft ist in Pretoria im Entstehen begriffen, welche, unter Ausschaltung der Unternehmer, die Ausführung größerer Bauten übernehmen will.

In die reichsdeutsche „Freiheit“ lehrte Sonntag Nachmittag Genosse W. Schröder vom „Vorwärts“ zurück, nachdem er die ihm wegen Abdrucks von Humen Briefen auferlegten 4 Monate Gefängnis „abgesessen“ hat. Öffentlich hat er die Haft ohne Nachtheile für seine Gesundheit überstanden.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen. Mit farbigem Wahlzettel; Verlag von Hermann Schönsfeld, Dresden. Der i. J. von dem gleichen Verlage veröffentlichten Kandidatenliste sind jetzt die amtlichen Listen beigefügt und dürfte so dem Wähler bei dem allgemeinen Interesse, mit dem die diesjährigen Reichstagswahlen verfolgt wurden, ein großer Nutzen sein. Der Preis des Buches stellt sich allerdings auf 50 Pf.

Aus Mag und Bern

Den Rekord der polizeilichen Mißgriffe hält, wie geschrieben wird, ohne Zweifel die Stadt Marienburg in Westpreußen. In derselben sollen 8 Polizeiergenten und ein Kommissar für die Sicherheit der ca. 12 000 Einwohner sorgen. Die Beamten leisteten jedoch in letzter Zeit verschiedene Mißgriffe, und so wurden von ihnen in der Zeit von etwa 7 Monaten nicht weniger denn fünf zu Gefängnisstrafen von 3 bis zu 6 Monaten verurtheilt. Einer von ihnen, der probeweise angestellt war, ist bereits entlassen, ein anderer hat seine Strafe von 6 Monaten angetreten, während die übrigen drei diese noch vor sich haben.

Ein Geisteskranker im Gefängnis angekommen. Aus Bromberg wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Der Maurer Michael Schorff wurde am Samstag, den 11. Juli, Nacht gegen 12 Uhr, aus seiner Wohnung als geisteskrank dem Kreisgefängnis zu Schwedenhöhe (Vorort von Bromberg) eingeliefert, um von dort nach einer Anstalt für Geisteskranken überführt zu werden. Der Bedauerliche sollte dieses jedoch nicht mehr erleben, denn nach acht Tagen, in der Nacht vom 19. bis 20. Juli, ist der Kranke im Gefängnis seinen Qualen erlegen. Noch am 20. Juli Nachmittags sorgte man den Toten ein und überführte ihn zur Leichenhalle des hiesigen Friedhofes. Am 22. Juli Nachmittags fand in aller Stille die Beerdigung statt. — Es ist ersichtlich, daß ein Geisteskranker acht Tage lang in einem Gefängnis untergebracht werden darf, wo jede geeignete Pflege fehlt. Dementsprechend der Fall rückwärts, weil Einweisung, die in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses stehen, Hilferufe aus dem Mauerwerk des Gefängnisses — während der Nacht des Schorff — hören.

Soll sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind! Eine Berliner Zeitung bringt folgende kleinere Anekdote, deren Inhalt wir angelegentlich allen Militärbeamten empfehlen: „Die Mittagsgäste der Garde-Regimenter. Hat man Gelegenheit, um die Mittagszeit das Leben und Treiben in der Nähe einer der Regimentskassernen in Berlin zu beobachten, so wird man bald auf einen mit militärischen Auszeichnungen geschmückten Beteranen aufmerksam, der täglich mit militärischer Höflichkeit um 12 Uhr durch das Kasernen Thor humpelt. Bald darauf erscheint der alte Krieger wieder und trägt vorzüglich einen in ein großes buntes Taschentuch gehüllten Kopf. Eingeweihte wissen, daß es der

Mittagsgast des betreffenden Regiments ist, der nun mit dem ihm verabsorgten Mahle seiner Behauptung zusteuert. Fast jedes Regiment hat einen derartigen Kostgänger. Meistens ist es ein ehemaliger Angehöriger des betreffenden Truppendeils, der vor Jahrzehnten auf die Fahne desselben Regiments geschworen hat, dessen menschenfreundlicher Kommandeur jetzt dem in bittere Noth gerathenen alten Soldaten täglich ein warmes Mittagessen und gelegentlich wohl auch ein kleines Bargeschenk zukommen läßt. Bei den Mannschaften stehen diese Kostgänger in einem gewissen Ansehen, denn es sind durchweg Kämpfer aus den großen Kriegen oder ehemalige Chargirte — z. B. ist der Mittagsgast der Dragonerkaserne ein ehemaliger Feldwebel — außerdem sind es Leute, deren Bedürftigkeit und Würdigkeit selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben sind. An patriotischen und besonders militärischen Festtagen hat der Kostgänger natürlich seinen Antheil. Er erscheint dann in seinem besten Rock, der früher vielleicht einmal seinem Wohlthäter gehörte, und hat seine sämtlichen blühend gepuderten Abzeichen angelegt. An solchen Tagen giebt es in der Regel aus der Küche des Offizierskasinos einen Extrahappen, der auch noch für das Abendbrot mit hinreicht.“ — Es ist ja nett von den resp. Kommandeuren, wenn sie alten Soldaten, deren Bedürftigkeit und Würdigkeit über allen Zweifel erhaben sind, Essen usw. dann und wann verabreichen lassen. Aber eine Schande ist es für das großmächtige Deutsche Reich, das viele hunderte von Millionen alljährlich dem Moloch Militarismus opfert, daß Leute, die für das Vaterland gekämpft und eventuell gekuldet haben, in ihren alten Tagen auf Bettelbroden angewiesen sind.

Noch nicht dagewesen! Daß ein Radfahrer in eine Geldbuse verfällt, weil er laut ergangenem Strafbefehl am 8. Juni d. Js. 12 Uhr Mittags ohne brennende Laterne durch Godesberg gefahren sei, dieser kuriose Fall trug sich in der letzten Schöffengerichtssitzung in Bonn zu. Der Radfahrer erklärte vor Gericht, nicht Mittags durch Godesberg gefahren zu sein, es sei vielmehr Nacht gewesen. Daß seine Laterne nicht gebrannt habe, gab er zu. Der Schöffengericht bemerkte, daß hier ein Versehen der Polizeibehörde vorliege. Bei Aufrechterhaltung des Einspruchs mußte Freisprechung eintreten, aber dann könne der Radler darauf rechnen, daß ein neuer Strafbefehl mit richtiger Zeitangabe folgen werde. Das bezieht sich mit dem Strafmandat von 3 Mark zu beruhigen. Diefen Rathe folgte denn auch der Radler, und so erlangte der sonderbare Strafbefehl seine Rechtskraft!

Zwei Kriegesgerichtsurtheile. Das Kriegesgericht in München hat den Unteroffizier Sippel, der einem Soldaten aus geringfügiger Ursache vor die Brust gestochen daß er taumelte, ihm ins Gesicht gespußt, ihm mit einer Reihe schwerer Schimpfworte belegt, ihm eine Weibscham um den Kopf geschlagen, zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Verteidiger, ein Offizier, hatte Freisprechung, der die Anklage vertretende Kriegesgerichtsrath 4 Monate Gefängnis und Degradation beantragt. Nun ein anderer Fall, bei dem es sich um die Vergehen eines „gemeinen“ Soldaten handelt. Aus Schlesien wird gemeldet: Musikant Bourmer der 12. Komp. Inf.-Regts. Nr. 70 wurde in der Nacht zum 2. Juni von zwei Unteroffizieren auf der Straße zwischen St. Johann und Saarbrücken nach der Kaserne geleitet. Ein Zivilist reißte ihn, er solle sich das nicht gefallen lassen; er rief sich los und schlug nach der Unteroffiziere mit seinem Seitengewehr. Einer der Unteroffiziere erlitt eine geringfügige Wunde an der Hand. Strafe: 5 Jahre 1 Tag Gefängnis.

Religionsstörungen in Oesterreich. Aus Olmütz wird der Wiener „Zeit“ berichtet: Eine sonderbare Anklage wegen Religionsstörung beschäftigte einen Erkenntnisrat des hiesigen Kreisgerichtes. Angeklagt war der 23-jährige Holzbauer der landwirthschaftlichen Akademie Franz Martinek in Czoch bei Proßnitz, der sich am 1. Juni, als im Czoch die kirchliche Weihe einer dem dortigen Feuerwehverein gehörigen Feuerbrücke stattfand, über diese Zeremonie folgendermaßen äußerte: „Wenn man heute schon eine Feuerbrücke weihen sollte, man auch den Stier weihen, damit nach ihm schürre Küche entstehen.“ In dieser Aeußerung erblickte die Anklage die Herabwürdigung einer kirchlichen

Einrichtung. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, mit der Begründung, daß die intrinseken Worte zwar nicht sehr passend waren, daß sie aber den Charakter der Religionsstörung nicht begründeten. Der Angeklagte habe nur seiner Meinung Ausdruck geben wollen, daß sich nach seiner Auffassung der katholischen Religion andere Gegenstände zur Einweihung besser eignen als eine Feuerbrücke.

Barometer zur Verhütung von Fischereunfällen. Zu den mancherlei Mitteln, die der Deutsche Seefischerverein anwendet, um die Unfälle deutscher See- und Küstenschiffahrt zu vermindern, gehört die Ausrüstung derselben mit Aneroidbarometern. Diese Maßnahme erweist sich als sehr segensreich. Es ist bekannt, daß das Barometer vor Eintritt schlechten Wetters stets warnt; daß ein Wetterwechsel durch plötzliches schnelles Fallen oder Steigen desselben stets angekündigt wird. Es kann zwar andererseits der Fall eintreten, daß das Barometer „starr“ fällt, ohne daß ein Unwetter eintritt; aber nie der entgegengesetzte Fall, daß ein Unwetter heraufkommt, ohne daß das Instrument gewarnt hat. Der in See befindliche Fischer birgt also keine Gefahr (Netze, Angeln usw.), wenn ihnen nach dem Barometer Gefahr droht, und schützt sie so erfahrungsgemäß vor Gefahr. Birgt er einmal seine Netze, ohne daß der erwartete Sturm kommt, so ist das kein großer Uebelstand. Allgemein wird daher von den deutschen Fischern die Ausrüstung mit Dank und Freude begrüßt.

Was aus der Bastille geworden ist. Unläßlich des Nationalfestes haben Pariser Blätter die Erinnerung an die letzten Erlebnisse der Bastille aufgefrischt. Als das den Pariser so verhaßte Gefängnis erkürrt war, erhielt der Maurermeister Balloy den Auftrag, das Gebäude zu zerstören. Der pfiffige Handwerker wußte das Material eintägig zu verwerthen. Er schickte Arbeiter in die Provinz und ließ durch sie den demokratischen Gemeindevertretungen Stücke der alten Zwingsburg zum Kaufe anbieten. Die Gemeinde Montcuil-sur-Lois bewahrt noch einen dieser Steine, in die der Plan der Bastille eingerahmt wurde. Aus dem vorgefundnen Eisen wurden Medaillen geschlagen, Degen geschmiedet und Küffen gegossen, das Holz verarbeitet man zu Tintenfassern und Tabaksdosen und aus einem Theil der Sandsteinquadern baute sich der Metier selbst ein Haus in Couray. Es steht heute noch. Das Material der Bastille war ausgezeichnet.

Der Erdboden erhöht sich. Wir lesen in der „Antiquitäten Rundschau“: Der Erdboden erhöht sich im Laufe der Zeiten an vielen Orten sehr bedeutend. Nicht augenfällig zeigt sich dies bei den Ausgrabungen, durch die das römische Forum bloßgelegt worden ist. Der unaufgegrabene Boden um diesen berühmtesten Platz der Welt ist bis zu zehn Meter höher als die Gassen, auf denen einst Cäsar und Augustus wandelten. Die Zeit vermag viel: eine kleine Erhöhung von jährlich nur fünf Millimeter im Durchschnitt ergibt eine bededende Bodenschicht von zehn Metern in zweitausend Jahren. Eine seit mehreren Jahren in Regensburg ausgeführte Kanalisation hat zwar keine besonders wichtigen Aufschlüsse über die einst dort an der Donau errichtete Römerstadt, die Castra Regina, gebracht, hat aber doch außer Ueberresten von Palastbauten aus römischer Zeit auch in ihrer Umgebung ein herrliches Pflaster bloßgelegt, das sich 3 bis 5 Meter unter dem jetzigen Straßenpflaster befindet. Daß dort die Bodenschicht nicht mehr als 5 Meter über den römischen Boden aufliegt, erklärt sich nur zum Theil dadurch, daß die Regensburger Römerbauten um Jahrhunderte später als die Bauten des Augustus in Rom entstanden.

Volkbibliotheken. Die Summen, welche in den Vereinigten Staaten von reichen Leuten für die Volksbildung geschenkt werden, sind, wie man weiß, enorm. In den letzten zwölf Monaten wurden von amerikanischen Gebern 10 306 407 Dollars (über 43 Millionen Mark) für neue Volkbibliotheken gestiftet. Herr Carnegie, der ehemalige Stahlkönig, allein hat davon 6 679 000 Dollars (28 Mill. Mark) hergegeben. Der größte Theil der neu gestifteten Bibliotheken kommt auf die älteren Landestheile, z. B. erhielt Massachusetts 85 und New York 65 neue Bibliotheken dieser Art, während eine Reihe von westlichen Staaten, z. B. Arkansas, Arizona, Utah, Idaho, Nevada und die beiden Dakotas, gänzlich unberücksichtigt blieben.

Das nächste Mal antzutreten? Unter Kopfen kennen Sie ja...
„Ja, möchte Sie am im Hotel bitten, Herr Direktor.“
„Gut, im — meinestwegen: Das ist ja gut wie's Anders, und Sie're auch eigentlich lange nicht da gewesen. Also nächsten Mittwoch, wenn es Ihnen recht ist, denn Sonntag bringt mir eine Reize mehr ein.“
„Und als vorige Woche möchte ich Sie am dem...“
„Dann Sie mit der Gefallen und lassen Sie mich wegen der zweiten Rolle noch nicht den Kopf zerbrechen. Ich wollte wir einmal sehen, wie die erste abläuft.“
„Sie können kein richtiges Wortzählen zu haben.“
„Das ist auch nicht“, sagte Richter, „denn ich meine Pappschneider kann. Also am Sonntag werde ich die erste Probe ansetzen, Herr Rebe, Sie sind doch fertig?“
„Ja, frucht die Rolle morgen Abend spielen.“
„Alle Theater, Sie wissen in der Stadt ein sprachloses Theater! Aber möchte immer vierzehn Tage Zeit haben, und möchte hätte es noch. Überlegen Sie sich vor die Sache mit dem Publikum noch einmal; ich gebe Ihnen mein Wort.“
„Ja, werde es mir überlegen, Herr Direktor“, unterbrach ihn Rebe, „und bei jeder Stunde nachdenken, daß ich so und nicht anders handeln könnte.“
„Sich über, Herr Rebe“, sagte der Direktor, „indem, wenn man mit einem am nächsten Mittwoch sehen, wie die Rolle sein wird, um der Sie Ihren Kopf zu zerbrechen gedreht. Guten Morgen!“
„Guten Morgen, Herr Direktor!“ sagte Rebe und verließ langsam und nachdenklich das Haus.
„Während Rebe die Unterredung mit dem Direktor hatte, wurde bei Pfeffer ein ganz eigenes kleines Drama gespielt.“
Der Theaterkritiker Johann Hahn ist nämlich in der letzten Nacht, ja, man konnte sich Stunden lang, so sehr er gebannt zu haben, daß Alles im Hause einen komischen Ausdruck annahm. — Wer es die veränderte

Dikt gewesen? Der frühere Doktor, der Theaterarzt (der „Thierarzt“, wie ihn Pfeffer gewöhnlich nannte), der die Stelle durch Bratkeles ersetzt, hatte die arme Frau auf Gott weiß was fertig, und ihr fast jede Nahrung entzogen. Es war eine ganz neue, von ihm ersundene Hungerkur, der, wie das Gerücht ging, bis jetzt erst wenige Menschen zum Opfer gefallen. Dadurch aber kam Henriettes Mutter von Tag zu Tag mehr herunter, bis sie zuletzt so schwach wurde, daß sie nicht einmal mehr aufstehen konnte.
Nun aber Jeremias auf der Welt irgend etwas hatte, so war es Hunger, oder gar eine Hungerkur, die den Körper natürlich so schwächen mußte, daß er sich gar nicht mehr, nicht einmal gegen den Arzt, helfen und schützen konnte. Er mußte deshalb auch nicht, bis er Pfeffer, oder vielmehr Auguste bewog, einen anderen Doktor herbeizuziehen, und dieser erklärte denn auch natürlich augenblicklich, daß sie der früheren ganz falsch behandelt habe und die Kranke bei einer noch längere Zeit fortgesetzten ähnlichen Kur nicht sowohl ihrer Krankheit, als ihrem Leben erliegen würde. Rascheste Spritzen wurden verabreicht, und Jeremias schleppte herbei, was nur anzuwenden war: ein Glas flüchtigen kräftigen Weins; eine Stunde später fand ein Dutzend Flaschen alten Portweins in der Stube, und dann wo möglich etwas Bewegung vor der Hand noch im Zimmer, und so viel frische Luft als thunlich.
Half dieses Alles, oder war es mehr ein Gemüthsleiden gewesen, das auf der Seele der Kranken gelagert, aber schon seit gestern Abend trat eine entschiedene Besserung zum Vorschein ein, und Henriette sang heute Morgen wie eine Heidenkönigin im Hause herum.
Die Mutter ließ am geöffneten Fenster, denn nach der geliebten Gewohnheit und kalten Nacht hatte sich die Luft gerührt und die Sonne schien warm und klar. Jeremias war fort gewesen, um Rebe aufzusuchen und Küheres über seine weiteren Pläne und Absichten zu hören, aber er traf ihn nicht in seiner Wohnung und mußte unbefriedigter Sache wieder zurückkehren.
„Das ist ein ganz verzeihlicher Mensch, Auguste“, sagte

er, als er in dem kleinen Zimmer auf und ab ging und sich den kalten Kopf kratzte, „wie ich gestern mit ihm sprach und ihm meine Hilfe in Allem, was Jettchen betraf, antrug, softe er mich bei der Hand und sagte: „Mein lieber Herr Stelzhammer, ich danke Ihnen herzlich für Ihre guten und freundlichen Absichten, und Sie wissen, daß Jettchen's Besitz das Höchste ist, was ich erstrebe, aber ich bin auch fest entschlossen, ihn mir selber zu verhandeln. Ich will mir später nie Vorwürfe machen können, daß ich durch meine Frau vorwärts gekommen sei.“
„Und da hat er ganz Recht“, sagte Pfeffer, der in diesem Augenblick eingetreten war und die letzten Worte hörte, „der Rebe ist ein ganzer Keul, das sage ich noch einmal, und es thut mir jetzt schmähtlich leid, daß wir ihn früher so unter der Kanone behandelt. Na, wie geht's heute Morgen, Guste, besser? Donnerwetter, Du kriegst ordentlich wieder rothe Baden!“
„Die höchste Zeit, daß ich von Brasilien herüber kam“, rief Jeremias, „Ihr hättet sie hier heilig verhungern lassen.“
„Der verdammte Theaterriever“, fluchte Pfeffer, „na, komm' Du mir über die Schwelle, ausgenommen zu einem Krankheits- oder Pensionirungsattest! Du meine Güte, wenn ich das erst einmal in Händen hätte und das vermaledeite Komödientheater an den Nagel hängen könnte!“
„Wünsch' Dir die Zeit nicht heran, Fürchtgott“, nidte die Frau, „alt werden wir Alle früh genug, und doch zehntausendmal lieber von Morgens bis Abends arbeiten, als so da liegen und anderen Menschen zur Last fallen.“
„Zur Last fallen“, brammte Pfeffer, „wem bist Du schon zur Last gefallen, und laß Du das das Jettchen nicht hören. — aber alle Weiter“, unterbrach er sich plöblich, aus dem Fenster sehend, „kommt denn da nicht Fräulein Bassini wie ein orangefarbener Blitzstrahl angefahren? Na, die muß ein Reizigkeit haben, da möchte ich meinen Hals darauf verweihen.“ (Fortsetzung folgt.)